



Politische Behörden

**Politische Behörden und
Zentrale Dienste**

INHALT

POLITISCHE BEHÖRDEN

VORWORT – 5

ORGANIGRAMM DER BÜRGERGEMEINDE – 7

GESAMTÜBERSICHT – 8

BÜRGERGEMEINDERAT – 10

BÜRGERRAT – 12

PERSONAL – 14

ÖFFENTLICHKEITSARBEIT – 16

EINBÜRGERUNG – 18

E. ZÜNFTE UND E. GESELLSCHAFTEN – 21

STIFTUNGEN – 21

Christoph Merian Stiftung – 21

Leonhard Paravicini Stiftung sowie dieser angegliederten Stiftungen und Fonds – 22

Stiftungen und Fonds der Bürgergemeinde – 23

Weitere Stiftungen und Legate – 25

ZENTRALE DIENSTE

VORWORT – 27

ENGAGEMENT – 29

BERICHT ZU DEN PRODUKTEGRUPPEN – 30

ERFOLGSRECHNUNG – 37

KOMMENTAR ZUR ERFOLGSRECHNUNG – 38

Ertrag – 38

Aufwand – 39

BILANZ – 42

KOMMENTAR ZUR BILANZ – 44

Aktiven – 44

Passiven – 45

ANHANG ZUR JAHRESRECHNUNG – 47

WEITERE BERICHTE – 49

Forstbetrieb – 49

Liegenschaften – 54

Bürgerbuch und Jubiläen – 55

ANHANG UND STATISTIK – 56

Forstbetrieb – 56

Bürgerrecht – 58

BÜRGERRAT

Vorwort des Bürgerratspräsidenten



Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger
 Liebe Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter
 der Bürgergemeinde

Das Jahr 2010 war für die Bürgergemeinde stark geprägt vom unerwarteten Ausgang des Strategieprozesses. Am 19. Oktober 2010 hat das Parlament die vom Bürgerrat ausgearbeitete Neuorientierung zurückgewiesen. Für den Bürgerrat war dies überraschend, waren doch die Mitglieder des Parlaments frühzeitig und intensiv in den Prozess miteinbezogen worden. Offensichtlich war die Zeit aber nicht reif für grössere Veränderungen. Solche grösseren Veränderungen werden demnach den ab Herbst 2011

neu zusammengesetzten Behörden obliegen: Nach den Gesamterneuerungswahlen im Mai 2011 wird das neue Parlament mit seiner Sitzung vom 6. September 2011 die neue Legislatur beginnen und auch die Mitglieder des Bürgerrats wählen.

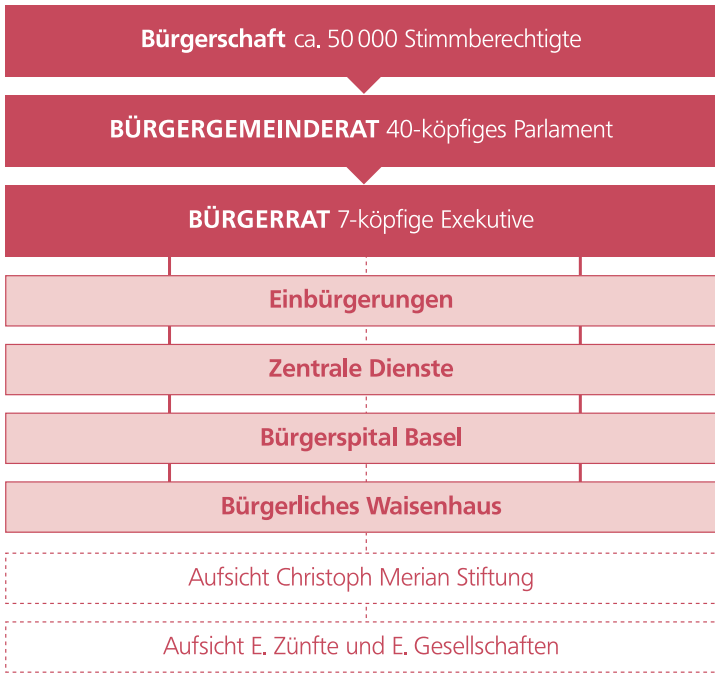
Ein weiteres – wohl prägendes – Element für das vergangene Jahr war die Einbürgerungsaktion für Schweizer: Aus der Sorge, dass viele in Basel wohnenden Schweizerinnen und Schweizer ihrem Wohnort zwar sehr verbunden sind, aber dies nicht auch im rechtlichen Sinne ihre «Heimat» ist, hat der Bürgerrat eine viel Aufmerksamkeit auslösende Aktion beschlossen. Für eine begrenzte Zeit – die nach einem ersten Ansturm allerdings verlängert wurde – wurden die Gebühren für Schweizerinnen und Schweizer, die sich in Basel einbürgern lassen wollten, erheblich reduziert. Sicher lag es nicht nur an den tieferen Kosten, dass eine sehr grosse Zahl von Gesuchen entgegengenommen werden durfte – es liegt vielmehr der Schluss nahe, dass vielen Personen erst bewusst wurde, dass sie zwar in Basel wohnen, aber nicht Bürgerinnen und Bürger ihrer geliebten Stadt sind. Dass die Bedeutung der Bürgergemeinde durch diese Aktion unterstrichen wurde, war ein höchst willkommener Nebeneffekt.

Aber was wäre die Bürgergemeinde ohne ihre Mitarbeitenden? Es soll hier ausdrücklich allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern auf allen Stufen und in allen Funktionen gedankt sein für ihren Einsatz für die Bürgergemeinde – sei es bei den Zentralen Diensten, im Bürgerspital oder im Bürgerlichen Waisenhaus. Natürlich

sollen auch die Mitarbeitenden der unter der Aufsicht der Bürgergemeinde stehenden Christoph Merian Stiftung nicht vergessen gehen. Und auch die (ebenfalls unter der Aufsicht der Bürgergemeinde stehenden) Zünfte und Gesellschaften leisten ihren Anteil an das Basel, das wir alle lieben – herzlichen Dank!

Patrick Hafner, Präsident des Bürgerrates

ORGANIGRAMM DER BÜRGERGEMEINDE



GESAMTÜBERSICHT UMSATZ, VERMÖGEN UND PERSONAL

UMSATZ	ERTRAG CHF	AUFWAND CHF	ERGEBNIS CHF
Zentrale Dienste	6'832'871	6'736'253	96'618
Vorjahr	7'306'726	7'249'797	56'929
Bürgerspital Basel	118'790'296	116'728'674	2'061'622
Vorjahr	119'635'694	116'878'819	2'756'875
Bürgerliches Waisenhaus	8'676'113	7'916'170	759'943
Vorjahr	8'446'723	7'975'751	470'972
Christoph Merian Stiftung	50'124'855	38'019'798	12'105'057
Vorjahr	60'190'311	48'288'999	11'901'312

VERMÖGEN

31.12.2010
CHF31.12.2009
CHF

ZENTRALE DIENSTE

AKTIVEN	Umlaufvermögen	2'589'518	4'233'659
	Anlagevermögen	45'573'009	45'711'730
	TOTAL AKTIVEN	48'162'527	49'945'389
PASSIVEN	Fremdkapital	25'061'286	27'382'766
	Eigenkapital	23'101'241	22'562'623
	TOTAL PASSIVEN	48'162'527	49'945'389
	Stiftungen und Fonds ¹⁾	15'632'150	15'110'643

BÜRGERSPITAL BASEL

AKTIVEN	Umlaufvermögen	37'836'589	40'265'874
	Anlagevermögen	107'328'570	113'107'182
	TOTAL AKTIVEN	145'165'159	153'373'056
PASSIVEN	Fremdkapital	72'248'922	83'528'478
	Eigenkapital	72'916'237	69'844'578
	TOTAL PASSIVEN	145'165'159	153'373'056
	Stiftungen und Fonds ¹⁾	8'663'631	8'818'003

VERMÖGEN FORTSETZUNG

31.12.2010
CHF31.12.2009
CHF

BÜRGERLICHES WAISENHAUS

AKTIVEN	Umlaufvermögen	4'302'799	5'178'516
	Anlagevermögen	4'191'414	2'655'384
	TOTAL AKTIVEN	8'494'213	7'833'900
PASSIVEN	Fremdkapital	995'370	1'223'842
	Eigenkapital	7'498'843	6'610'058
	TOTAL PASSIVEN	8'494'213	7'833'900
	Stiftungen und Fonds ¹⁾	9'095'324	9'023'497

SELBSTÄNDIGE STIFTUNGEN

VERMÖGEN	Christoph Merian Stiftung	327'923'116	311'875'348
	Leonhard Paravicini Stiftung, sowie die ihr angegliederten Stiftungen und Fonds (Bilanzsummen)	6'919'785	6'916'471

Anmerkung

¹⁾ Die aufgeführten Vermögen der Stiftungen und Fonds sind aufgrund individueller Rechnungslegung in der Betriebsbilanz des Waisenhauses nicht, in derjenigen des Bürgerspitals vollumfänglich und derjenigen der Zentralen Dienste teilweise (im Umfang der Wertschriftenanlage) enthalten.

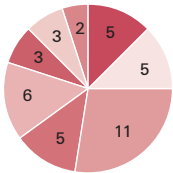
PERSONAL

VOLLSTELLEN **ANZAHL PERSONEN**
2010 2009 2010 2009

BÜRGERLICHES WAISENHAUS

BESTÄNDE PER 31.12.2010	Zentrale Dienste	14.50	14.50	15	15
	Bürgerspital				
	• Mitarbeitende ohne Rente	736.90	738.65	991	993
	• Mitarbeitende mit Rente	314.54	314.00	429	428
	Waisenhaus	60.50	59.39	71	69
	TOTAL	1'126.44	1'126.54	1'506	1'505
	Christoph Merian Stiftung	80.85	76.75	98	94
Dreispietz Management AG (100%-ige CMS-Tochter)	22.00	23.70	23	25	

BÜRGERGEMEINDERAT

SITZVERTEILUNG
NACH FRAKTIONEN

- FDP (5)
- LDP (5)
- SP (11)
- CVP (5)
- Grünes Bündnis/EVP (6)
- DSP (3)
(ehemals)
- SVP (3)
- Fraktionslos (2)

Mutationen: Für die zurückgetretene Gabriela von Felten Wagner (SP) ist im Laufe des Jahres Daniel Wurster (SP) nachgerückt. Im Zuge dieses Austritts galt es auch, den Sitz in der Sachkommission Waisenhaus neu zu besetzen; gewählt worden ist Lukas Hartmann (SP).

Geschäfte: Der Bürgergemeinderat hielt im Berichtsjahr 4 ordentliche Sitzungen ab (Vorjahr: 4). Eine zusätzliche «Spezialsitzung» war dem Strategieentwicklungsprozess der Bürgergemeinde gewidmet. In jeder ordentlichen Sitzung sind Bürgerrechtsbegehren behandelt worden. Regelmässig standen auch Wahlgeschäfte an (Ersatzwahl in die Sachkommission Waisenhaus sowie Wahl Präsidium und Statthalterschaft Bürgerrat für das Amtsjahr 2010 bis 2011).

Im Berichtsjahr sind dem Parlament folgende Berichte zu Sachgeschäften vorgelegt worden:

Vorlage des 134. Jahresberichts des Bürgerrates an den Bürgergemeinderat für das Jahr 2009 und Bericht Nr. 2043 der Aufsichtskommission sowie der Sachkommissionen zum 134. Jahresbericht des Bürgerrates für das Jahr 2009

- | | |
|-------------------|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| Nr. 2041 | betreffend Bewilligung eines Kredits für die Errichtung eines Neubaus für die Durchgangsgruppe auf dem Waisenhausareal und dazugehöriger Bericht Nr. 2042 der Sachkommission Waisenhaus |
| Nr. 2044 | betreffend die Ergebnisse aus der Strategieentwicklung der Bürgergemeinde 2010 und dazugehöriger Bericht Nr. 2047 der Aufsichtskommission |
| Nr. 2045 | betreffend Bewilligung einer Investition für den Bau eines neuen Alterszentrums im Burgfelderhof in Basel und dazugehöriger Bericht Nr. 2046 der Sachkommission Bürgerspital |
| Nr. 2048 | zum Leistungsauftrag für das Bürgerspital Basel 2011 – 2013 und dazugehöriger Bericht Nr. 2049 der Sachkommission Bürgerspital |
| Nr. 2050/Nr. 2051 | der Aufsichtskommission zu den Produktesummenbudgets 2011 sowie zur Lohnrunde 2011 |

Zu folgenden parlamentarischen Aufträgen, die im Vorjahr stehen gelassen worden sind, hat der Bürgerrat im Berichtsjahr erneut berichtet:

- Auftrag zur Anpassung der Entschädigungen von Bürgerrats- und Bürgergemeinderatsmitgliedern
- Auftrag betreffend Überprüfung der Einbürgerungskriterien

Die entsprechenden Auftragsbeantwortungen sind der Aufsichtskommission im Berichtsjahr fristgerecht überwiesen worden. Die erneute Behandlung im Bürgergemeinderat wird nach Bearbeitung und Berichterstattung durch die Aufsichtskommission – voraussichtlich in der März-Sitzung des nächsten Jahres – erfolgen.

BÜRGERRAT



Bürgerrat (von links): Leonhard Burckhardt, Patrick Hafner, Sonja Kaiser-Tosin, Felix Eymann, Gabriella Matefi, Paul von Gunten, Lukas Faesch, Daniel Müller (Bürgerratsschreiber)

Mutationen: Gabriella Matefi hat per 1. Januar das Präsidium im Bürgerlichen Waisenhaus von Paul von Gunten übernommen, welcher als Statthalter bei den Zentralen Diensten Felix Eymann abgelöst hat, der neu Statthalter im Waisenhaus ist.

Allgemeines: Der Bürgerrat hielt im Berichtsjahr 17 (Vorjahr: 19) Sitzungen ab. Dabei hat er je eine Sitzung im Bürgerspital, im Waisenhaus, bei der Christoph Merian Stiftung und auf der Löwenburg durchgeführt. Diese Besuche dienen dem gegenseitigen Informationsaustausch mit den Verantwortlichen der Institutionen oder der Vorstellung spezieller Projekte wie das Umweltbildungsprogramm NaturSchule auf der Löwenburg.

Einen Schwerpunkt bildete wie im Vorjahr der Strategieprozess, den der Bürgerrat bereits 2008 eingeleitet hatte. Gemeinsam mit einer externen Beratungsfirma hat er sich sowohl in seinen ordentlichen Sitzungen wie auch in erneuten gesonderten Workshops intensiv damit auseinander gesetzt, in welche Richtung sich die Bürgergemeinde sowohl inhaltlich wie auch organisatorisch und strukturell entwickeln soll. Aus diesem Prozess ist ein umfassender Bericht hervorgegangen, welchen der Bürgergemeinderat am 19. Oktober behandelt und eingehend diskutiert hat. Nach einlässlicher, teilweise kontroverser Debatte hat das Parlament entschieden, auf die Vorlage einzutreten, den Bericht aber an den Bürgerrat zurückzuweisen. Der Bürgerrat hat die Rückweisung bedauert, die Anregungen und die Kritik aus der Parlamentsdebatte jedoch mit der Zusicherung entgegengenommen, diese in der neuen Legislatur ab September 2011 im Rahmen der Prüfung, wie mit dem Strategiegeschäft weiter zu verfahren ist, einzubeziehen.

Ausschüsse/Delegationen: Der Leitungsausschuss Zentrale Dienste hat sich vor allem mit der Vorbereitung bzw. Vorberatung übergeordneter Geschäfte insbesondere

im Personalbereich wie beispielsweise der Lohnrunde oder Gesuche um Stelleneinrichtungen bzw. -neuschaffungen befasst. Auch gehörte die Vorbereitung und Durchführung der Hearings mit den Personalverbandsvertretungen zu dessen Aufgaben. Zudem oblag ihm die Behandlung der verschiedensten Geschäfte aus dem operativen Bereich der Zentralen Dienste wie die Unterhalts- und Investitionsplanung für die Liegenschaften oder die Beurteilung der für die Zentralen Dienste durchgeführten Risikoanalyse. Aber auch die Behandlung komplexer und übergreifender Themen wie Controlling, Jahresbericht, Bewirtschaftung von der Bürgergemeinde anvertrauten Stiftungen und Fonds sind zu nennen. Im Zusammenhang mit den Verhandlungen mit dem Kanton zur Übernahme der Pflege von kantonalen Waldungen auf dem Stadtgebiet hat er sich im vergangenen Jahr ebenfalls eingehender mit dem Forstbetrieb beschäftigt. Auch das Dossier Verhandlungen mit dem Kanton Basel-Landschaft zur Verlegung des Biotops Zurlindengrube in Pratteln sowie die Problematik des Grundeigentums Deponie Rothausstrasse wurde eingehend behandelt.

Organisatorisches, Finanzielles und Controlling: Im Berichtsjahr bearbeitete der Bürgerrat neben dem Strategieprozess und den ordentlichen Tagesgeschäften unter anderem folgende Geschäfte: Sanierungsarbeiten im Waisenhausareal und Neubau der Durchgangsgruppe, Weiterführung und Abschluss der Verhandlungen mit dem Kanton Basel-Landschaft zur Verlegung des Biotops Zurlindengrube in Pratteln, Problematik des Grundeigentums eines Deponiestandorts in Muttenz und Abschluss verschiedener Vereinbarungen (Rothausstrasse), Mitwirkung in einer Arbeitsgruppe gemeinsam mit Vertretungen der Bürgergemeinden Riehen und Bettingen sowie des Kantons Basel-Stadt betreffend Erarbeitung eines Leitfadens zur klareren Definition der Voraussetzungen in Einbürgerungsverfahren, Einbürgerungsaktion für Schweizerinnen und Schweizer, neue Leistungsaufträge für das Bürgerspital ab 2011, Planung des Baus eines neuen Alterszentrums, neue Leistungsaufträge für die Christoph Merian Stiftung ab 2012 sowie die Vorbereitung der Gesamterneuerungswahlen 2011.

Ferner hat der Bürgerrat im Berichtsjahr von seiner Ausgabenkompetenz aus dem Anteil der Bürgergemeinde am Ertrag der Christoph Merian Stiftung teilweise Gebrauch gemacht und der Glückskette am nationalen Sammeltag für die Flutopfer in Pakistan CHF 10'000, dem Verein Gsünder Basel für das Projekt «Aktiv im Sommer» CHF 8'000, dem Verein 250 Jahre Johann Peter Hebel CHF 5'000 und an das Arealfest «gowest» ebenfalls CHF 5'000 gesprochen.

PERSONAL

LOHNRUNDE 2011

Am 7. Dezember hat der Bürgergemeinderat einmal mehr über den Antrag des Bürgerrates zur Lohnentwicklung entschieden. Dabei ist er dem Antrag des Bürgerrates gefolgt und hat für die Betriebe der Bürgergemeinde eine Erhöhung der Gesamtlohnsumme um 1,5% für individuelle Lohnerhöhungen beschlossen. Die individuellen Lohnerhöhungen werden gemäss dem Lohnsystem der Bürgergemeinde jeweils anhand des Ergebnisses aus den Mitarbeiterbeurteilungsgesprächen und im Zusammenhang mit den Erfahrungsjahren errechnet.

Massgebende Indikatoren bei den Überlegungen zur Festlegung der jährlichen Lohnsummenanpassung sind jeweils vor allem die Entwicklung der Teuerung, das Vorgehen vergleichbarer Betriebe der öffentlichen Verwaltung und der Privatwirtschaft, Erfahrung und Feedback aus der Personalgewinnung, die Ergebnisse der jährlichen Mitarbeiterbeurteilungen und vor allem die finanziellen Gegebenheiten und Möglichkeiten der Institutionen als geradezu ausschlaggebender Faktor, da die Bürgergemeinde und ihre Institutionen über keine Steuerhoheit und damit über keine Steuereinnahmen verfügen, sondern ihre Aufwendungen nach den erwirtschafteten Erträgen richten müssen.

Im Entscheidungsprozess über die Lohnentwicklung wirken neben den politischen Organen sowie den Institutionen der Bürgergemeinde verschiedene Gremien wie die aus Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretungen paritätisch zusammengesetzte Begutachtungskommission der Sozialpartner, die Personalverbände (BAV, VPOD, SBK, ISORBA und SBGRL) sowie die Aufsichtskommission des Bürgergemeinderates, welche das Geschäft der Lohnrunde im Hinblick auf die Behandlung im Parlament vorberät, jeweils beeinflussend mit.

FAMILIENZULAGEN/ UNTERHALTSZULAGEN

Die Höhe der Familienzulagen richtet sich nach den Vorgaben des Bundes. Die Kinderzulagen liegen bei CHF 200. Die Ausbildungszulagen betragen weiterhin CHF 250. Zudem hat der Bürgerrat beschlossen, die darüber hinaus zusätzlich gewährte Unterhaltszulage weiterhin in gleicher Höhe auszurichten.

VERGÜNSTIGUNGEN

Weiterhin können die Mitarbeitenden der Bürgergemeinde von Personalvergünstigungen profitieren wie dem Job-Ticket zum Jugendtarif für monatlich CHF 45, statt CHF 70 (Jahresabonnement CHF 450, statt CHF 700), dem Bezug von Reka-Checks von maximal CHF 500 mit 20% Rabatt (BG 20 – 49% = 250 Reka, BG 50 – 100% = 500 Reka) sowie einer Preisreduktion von CHF 100 auf ein Jahresabonnement des Migros Wellness Parc.

VERSICHERUNGEN

Der Arbeitnehmerbeitrag der Krankentaggeldversicherung beläuft sich unverändert auf 0,37% der AHV-pflichtigen Lohnsumme. Der Prämienanteil der Arbeitnehmenden an der Nichtberufsunfallversicherung beträgt ebenfalls gleichbleibend 0,52%.

BERUFLICHE VORSORGE

Bâloise: Im Beitragsbereich sind im Berichtsjahr keine Veränderungen beschlossen worden. Was das Rücktrittsalter anbelangt, so können Arbeitnehmende neu über das ordentliche Rücktrittsalter hinaus versichert bleiben, falls die Erwerbstätigkeit fortgesetzt wird. Der Aufschub ist maximal bis zum Erreichen des 70. Altersjahres möglich. Durch

die Weiterversicherung wird die Altersrente erhöht. Ausserdem ist ein schrittweiser Altersrücktritt (Teilpensionierung) möglich. Dieser lässt sich sowohl mit der vorzeitigen wie auch mit der aufgeschobenen Pensionierung kombinieren.

Pensionskasse Basel-Stadt: Infolge von Verlusten auf den Vermögensanlagen sind die Pensionskasse Basel-Stadt und die angeschlossenen Institutionen in Unterdeckung geraten. Aufgrund der gesetzlichen und reglementarischen Bestimmungen ist die Bürgergemeinde verpflichtet, Sanierungsmassnahmen zu ergreifen. Im Rahmen des Sanierungskonzeptes wird per 1. Januar 2011 für den verbleibenden kleinen Kreis der Aktivversicherten bei der Pensionskasse Basel-Stadt ein Sanierungsbeitrag von 1,6% des versicherten Lohnes erhoben. Der Sanierungsbeitrag von Seiten des Arbeitgebers beträgt ebenfalls 1,6%.

**BEITRÄGE AN DIE
AHV/IV/EO UND DIE ALV**

Einige gesetzliche Beiträge auf den Löhnen wurden geändert. Der Beitrag an die EO (Erwerbsersatzordnung) wird um 0,2% auf 0,5% erhöht. Somit belaufen sich die Beiträge an die AHV/IV/EO neu auf 10,3%. Der Beitrag an die ALV (Arbeitslosenversicherung) wird um 0,2 Lohnprozente auf 2,2% erhöht. Die Aufteilung dieser Beiträge erfolgt zu gleichen Teilen zwischen Arbeitgebenden und Arbeitnehmenden. Zusätzlich wird bei der Abgabe an die Arbeitslosenversicherung ein Solidaritätsbeitrag von 1% für Lohnbestandteile ab dem maximalen versicherten Verdienst von CHF 126'000 bis CHF 315'000 erhoben.

FREI- UND FEIERTAGE

In Anlehnung an die Regelung des Kantons Basel-Stadt wurden insgesamt 12 Frei- und Feiertage gewährt.

**ZUSAMMENARBEIT
MIT DER BEGUT-
ACHTUNGSKOMMISS-
SION DER SOZIAL-
PARTNER SOWIE DEN
PERSONALVERBÄNDEN**

Im Berichtsjahr kann wiederum auf eine konstruktive Zusammenarbeit mit der Begutachtungskommission der Sozialpartner zurückgeblickt werden. Der für alle Seiten wichtige Meinungs- und Informationsaustausch bildet eine wesentliche Grundlage für die aktive Personalpolitik der Bürgergemeinde. Dazu zählen auch die vom Leitungsausschuss Zentrale Dienste mehrmals im Jahr durchgeführten Hearings mit den Personalverbandsvertretungen (BAV, VPOD, SBK, ISORBA und SBGRL).

ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

BEBBI-BRYYS AN
ERIK JULLIARD

Der vierte Bebbi-Bryys der Bürgergemeinde nach George Gruntz, Clara B. Wilpert und Karl Odermatt wurde Erik Julliard überreicht. Der Basel-Tattoo-Produzent und Mitbegründer des Top Secret Drum Corps erhielt die Auszeichnung für seine ausserordentlichen Verdienste für die Stadt Basel. Er hat es in nur 5 Jahren geschafft, Basel Tattoo zu einem Grossanlass von Weltformat zu entwickeln.



Erik Julliard und Bürgergätin Sonja Kaiser-Tosin mit einer Zeichnung von Niklaus Stoecklin

EINBÜRGERUNGS-
AKTION

Wie macht man eine Aktion einer möglichst breiten Öffentlichkeit bekannt? Diese Frage stellt sich immer dann, wenn eine Werbeaktion oder sonst eine wichtige Botschaft viele Personen erreichen soll. Diese Ausgangslage präsentierte sich auch bei der Einbürgerungsaktion für Schweizer Staatsangehörige. Erstmals entschied sich die Bürgergemeinde mit Tischsets und Bierdeckeln in ausgewählten Basler Restaurants zu werben. Und mit dieser Idee traf sie ins Schwarze – die Aktion war ein grosser Erfolg.

Werbung für die
Einbürgerungsaktion
mit diesen Tischsets
in Restaurants



WALDRUNDGANG

Die Bürgergemeinde lud die regionalen Medien zu einem weiteren Waldrundgang ein. Dieser führte durch das Spitalholz in Arlesheim, eine der zahlreichen Waldungen der Bürgergemeinde. Eindrücklich wurde über die aktuellen Themen Waldpflege, Waldbewirtschaftung und Holznutzung informiert. 440 Hektaren Wald besitzt und 660 Hektaren Wald bewirtschaftet die Bürgergemeinde. Dies entspricht rund 615 bzw. 920 Fussballfeldern. Und noch eine interessante Zahl: Zwei Würfel in der Grösse von je 10x10 cm Holz wachsen innert 5 Minuten im Spitalholz in Arlesheim auf einer Waldfläche von 35 Hektaren nach.



Informationen über die Waldpflege vor Ort

**«EM BEBBI SY
BURGERGMAIND»**

Der jährliche Benefizanlass «Em Bebbi sy Burgergmaind» fand im Berichtsjahr mit Overall als Partnerin statt. Die Basler Genossenschaft für Arbeitsintegration stellte im historischen Stadthaus ihre Dienstleistungen vor. Der Erlös wurde für den Ausbau des Lehrstellenangebots für junge Menschen verwendet. Neben fetziger Jazzmusik ging es auch feurig zu und her. Fakir Rodani spielte gekonnt mit den Flammen.



Hautnah heiss: Fakir Rodani

**20 JAHRE PERSONAL-
ZEITUNG UND
100 AUSGABEN**

Im 115. Jahre ihres Bestehens erhielt die Bürgergemeinde «endlich ein eigenes Mitteilungs- und Orientierungsblatt», schrieb 1990 der damalige Bürgerratspräsident Walter Zeugin. Am 1. Januar fiel damals der Startschuss für die Personalzeitung, die sich im Laufe der Zeit stets weiterentwickelt hat. Inzwischen erscheint die Burgergmaind-Zytig regelmässig 6 Mal pro Jahr und gibt einen umfassenden Überblick über die Aktivitäten in der Bürgergemeinde und ihren Institutionen. Im Dezember 2010 konnte schliesslich die 100. (Jubiläums-) Ausgabe publiziert werden



Mit dieser Ausgabe fing am 1. Januar 1990 alles an

EINBÜRGERUNG



Schlägt Ihr Herz auch für Basel?

Mit diesem Titel hat die Bürgergemeinde im vergangenen Jahr infolge der rückläufigen Einbürgerungszahlen von Schweizer Staatsangehörigen in den letzten Jahren eine Aktion lanciert. Mit der ursprünglich von Mitte Mai bis 30. September befristeten Einbürgerungsaktion wollte die Bürgergemeinde den in Basel wohnhaften Schweizerinnen und Schweizern ans Herz legen, sich in Basel-Stadt einbürgern zu lassen. Mit einer reduzierten kommunalen Gebühr von CHF 100 konnten sich hier wohnhafte Schweizerinnen und Schweizer einbürgern lassen, sofern die Einbürgerungsvoraussetzungen erfüllt waren.

Die Aktion stiess auf unerwartet grosses Interesse: Mitte September waren bereits 322 Gesuche mit insgesamt 466 Personen eingegangen, was schon beinahe dem 10-fachen eines «normalen» Jahres entsprach. Der Bürgerrat entschied deshalb, die Aktion bis Ende 2010 zu verlängern. Die erfreuliche Schlussbilanz darf sich sehen lassen. 638 Gesuche mit insgesamt 911 Personen sind im Zeitraum vom 17. Mai bis 31. Dezember eingegangen. Zum Vergleich waren es im ganzen Vorjahr nur gerade 38 Gesuche mit 47 Personen. Der Erfolg der Aktion «Schlägt Ihr Herz auch für Basel» bringt zum Ausdruck, einerseits dass, wer sich in Basel-Stadt wohlfühlt und einbürgern lässt, sich mit dem sozialen Engagement der Bürgergemeinde identifiziert, und andererseits, dass ein Bürgerrecht verbindet, Gemeinschaft fördert sowie Heimat und Verwurzelung bedeutet. Werte, die in unserer schnelllebigen Zeit jüngst wieder an Bedeutung gewinnen. Am 16. April des nächsten Jahres wird das Herz der neuen Basler Bürgerinnen und Bürger besonders freudig schlagen. An diesem Tag wird den Neubürgerinnen und Neubürger an einem feierlichen Anlass in der Aula der Universität von der Bürgergemeinde ihr Bürgerbrief übergeben.

Ein weiteres Kursangebot!

Die Sprache ist, das attestieren nicht nur die Fachleute, sondern dies ist inzwischen allen bewusst, der Schlüssel zur Integration. Wer sich sprachlich nicht verständigen kann, hat grosse Mühe den eigenen Alltag zu meistern. Die Bürgergemeinde bietet deshalb nebst den seit einigen Jahren angebotenen Kursen «Kompaktkurs Einbürgerung» und «Fit für Basel» für Einbürgerungswillige, die mit der deutschen Sprache Mühe haben, neuerdings auch einen Sprachkurs an. Alle drei Kurse werden von erfahrenen Fachleuten geleitet. Als Anerkennung für die Professionalität wurden alle drei Kurse vom Erziehungsdepartement geprüft und als Integrationskurse im Sinne der kantonalen Integrationsgesetzgebung zertifiziert.

Weniger Einbürgerungssitzungen

Weniger rund ist es mit dem Übermitteln von Einbürgerungsgesuchen vom Kanton zur Bürgergemeinde verlaufen. Infolge des Umzugs von der Rittergasse an die Spiegelgasse und personeller Engpässe hat sich beim Kanton ein Stau gebildet. Der Bürgergemeinde wurden dadurch weniger Gesuche zur Behandlung überwiesen. Dies wiederum führte

dazu, dass auch weniger Sitzungen der Einbürgerungskommission abgehalten wurden und somit weniger Gesuche behandelt werden konnten. Entsprechende Briefwechsel und gemeinsame Absprachen zwischen Kanton und Bürgergemeinde haben dazu geführt, dass die Anzahl Gesuche, die von der Abteilung Bevölkerungsdienste und Migration an die Bürgergemeinde überwiesen werden, wieder erhöht werden konnte. Die Bürgergemeinde und insbesondere die Mitglieder der Einbürgerungskommission bestehen darauf, dass Einbürgerungsgesuche speditiv behandelt werden und keine Pendenzenberge entstehen. Die Mitglieder bemühen sich zudem, die laufend komplexere Aufgabe einfühlsam und mit grossem Engagement zu erfüllen. Dafür gebührt ihnen ein herzliches Dankeschön! – auch im Namen des Statthalters Paul von Gunten.

Sonja Kaiser-Tosin, Präsidentin Einbürgerungskommission

ZUM BERICHTSJAHR

Von insgesamt 916 (Vorjahr: 502) bei den Zentralen Diensten im Berichtsjahr eingegangenen neuen Begehren handelte es sich bei rund 75% um Gesuche von Schweizer Staatsangehörigen. Alles in allem gingen 681 (Vorjahr: 38) Gesuche von Schweizerinnen und Schweizer ein, die das Basler Bürgerrecht erwerben wollten. 223 der gesamthaft 916 neuen Gesuche stammen von ausländischen Staatsangehörigen.

Die Zahl der neu eingegangenen Gesuche von ausländischen Bürgerrechtsbewerbern im ordentlichen Einbürgerungsverfahren hat sich drastisch reduziert. Waren es im Vorjahr noch 483, so gingen im Berichtsjahr nur noch gerade 223 Gesuche ein. Dies hat dazu geführt, dass die Einbürgerungskommission weit weniger Gesuche von ausländischen Staatsangehörigen behandeln konnte – die Einbürgerungskommission hat im Berichtsjahr denn auch nur 56 (Vorjahr: 66) Sitzungen abgehalten. Im Einzelnen konnten im Berichtsjahr 250 (Vorjahr: 329) Gesuche von über 23-jährigen und 111 (Vorjahr: 154) Gesuche von unter 23-jährigen ausländischen Bürgerrechtsbewerbern erledigt werden. Im Berichtsjahr blieben lediglich 19 (Vorjahr 204) Gesuche unbehandelt. Zusammen mit den 195 (Vorjahr: 288) zurückgestellten Gesuchen sind per 31. Dezember insgesamt 214 (Vorjahr: 492) Gesuche ausländischer Staatsangehöriger hängig.

Im Wesentlichen sind zwei Ursachen für diesen Einbruch bei den Gesuchen von Personen ausländischer Herkunft verantwortlich: Zum einen war der Kanton im Berichtsjahr aus verschiedenen Gründen phasenweise nicht in der Lage, die bei ihm vorhandenen Gesuche zu behandeln. Zum anderen ist gemäss Auskunft des kantonalen Migrationsamts die Zahl der beim Kanton neu eingehenden ordentlichen Gesuche tendenziell rückläufig. Danach gehen seit Januar 2010 durchschnittlich nur noch rund 30 neue Gesuche pro Monat beim Migrationsamt ein, so dass mittelfristig mit einer Jahresgesuchszahl von nur noch ca. 400 gerechnet werden kann, was deutlich weniger als in früheren Jahren ist. Im Jahr 2009 gingen noch 502 neue Gesuche ein, im Jahre 2008 waren es sogar 680 und im 2007 immerhin 482.

Da die Ursachen des Überweisungsstaus beim Kanton angegangen wurden und die Zahl der vom Kanton an die Bürgergemeinde weitergeleiteten Gesuche von ausländischen Bürgerrechtsbewerbern zuletzt wieder etwas zugenommen hat, sollten künftig wieder etwas mehr Gesuche ausländischer Staatsangehöriger behandelt werden können. Für die finanziellen Auswirkungen dieses Einbruchs von Gesuchen ausländischer Staatsangehöriger im Berichtsjahr wird auf den Kommentar zur Berichterstattung über die Produktgruppe «Dienstleistungen für die Bürgerschaft» der Zentralen Dienste verwiesen.

Daneben konnten im Berichtsjahr total 564 (Vorjahr: 38) der insgesamt 681 (Vorjahr: 38) Gesuche von Schweizer Bürgerrechtsbewerbern durch Aufnahme abgeschlossen werden. Die ausserordentlich hohe Zahl von Schweizer Einbürgerungen ist auf die im Berichtsjahr lancierte Einbürgerungsaktion für Schweizerinnen und Schweizer zurückzuführen. Nur deshalb wurden im Berichtsjahr insgesamt ein Drittel mehr Gesuche behandelt als im Vorjahr (1379 gegenüber 934).

Im Zusammenhang mit den Einbürgerungen sind ferner folgende Punkte zusätzlich hervorzuheben:

- Der Trend der letzten Jahre mit einer jeweils zunehmenden Anzahl Ablehnungen von Einbürgerungsgesuchen setzte sich fort. So wurden im Berichtsjahr 39 (Vorjahr: 34; 2008: 21; 2007: 10) Gesuche abgelehnt, weil die gesetzlichen Einbürgerungsvoraussetzungen nicht erfüllt waren. Die erneut höhere Zahl von Ablehnungen hat auch Einfluss auf die Beanspruchung der Ressourcen der Zentralen Dienste, weil deren Bearbeitung aufwendig ist.
- Die Zahl der erleichterten Einbürgerungen blieb mit 340 (Vorjahr 264) Aufnahmen auf hohem Niveau. Für diese Gesuche von ausländischen Bürgerrechtsbewerbenden, die mit einem Schweizer Ehegatten verheiratet sind, kann die Bürgergemeinde von Gesetzes wegen keine Gebühren erheben. In Verhandlungen mit dem Kanton Basel-Stadt konnte erreicht werden, dass der Bürgergemeinde zumindest für die im Kanton Basel-Stadt eingereichten Gesuche ein Betrag von CHF 30 pro Gesuch vergütet wird.
- Die Bürgergemeinde führte im Berichtsjahr wieder die Kurse «Fit für Basel» und den «Kompaktkurs Einbürgerung» sowie neu einen «Deutschkurs für Bürgerrechtsbewerbende» durch. Alle Angebote sind bis Ende des Berichtsjahrs durch das Erziehungsdepartement des Kantons Basel-Stadt offiziell als Integrationskurse im Sinne der Integrationsgesetzgebung zertifiziert worden. Leider konnten auf Grund einer gesunkenen Nachfrage nicht alle «Fit für Basel» und «Kompaktkurse» durchgeführt werden, was u.a. auf den Rückgang der durch die Bürgergemeinde behandelten Gesuche von ausländischen Bürgerrechtsbewerbenden zurückzuführen ist. Wenn die Zahl der eingegangenen Gesuche wieder zunimmt, was zu erwarten ist, werden auch wieder mehr Kurse durchgeführt werden können.

E. ZÜNFTE UND E. GESELLSCHAFTEN

E. Zünfte und E. Gesellschaften sind Korporationen des öffentlichen Rechts und der Aufsicht des Bürgerrates unterstellt. Der Bürgerrat pflegte wiederum gute Kontakte zu den E. Zünften und E. Gesellschaften der Stadt Basel, die der Aufsicht der Bürgergemeinde unterstellt sind, und er genehmigte nach Prüfung die revidierten und vom Vorstand bzw. von den Allgemeinen Vorgesetztenversammlungen beschlossenen Rechnungen der E. Zünfte und E. Gesellschaften. Darüber hinaus traf er sich mit dem Fünfer-Ausschuss der Zünfte und Gesellschaften zur jährlichen Aussprache. Zudem nahm er die in seinen Kompetenzbereich fallenden Wahlgeschäfte vor und genehmigte finanzielle Beschlüsse von Zunftversammlungen, soweit diese seiner Genehmigung unterlagen.

STIFTUNGEN

Christoph Merian Stiftung: Die Christoph Merian Stiftung ist eine selbständige, öffentlich-rechtliche Stiftung und steht unter der Aufsicht der Bürgergemeinde. Sie geht auf eine grosszügige Schenkung von Christoph Merian (1800 – 1858) an die Stadt Basel zurück und wurde nach dem Tod der Witwe Margaretha Merian-Burckhardt 1886 ins Leben gerufen. Dem Stifterwillen entsprechend ist die Stiftung dem Nutzen der Gesamtbevölkerung, der Unterstützung sozial Schwacher und der Achtung gegenüber Natur und Umwelt verpflichtet. Mit sozialen, städtischen und kulturellen Projekten setzt sie sich für das Wohl der Menschen in Basel ein. Hinter

den breit gefächerten Aktivitäten steht grundsätzlich ein Gedanke: Sinnvolle Unterstützung muss zweckmässig, nachhaltig und wirtschaftlich erfolgen. So haben die geförderten Projekte vielfach Modellcharakter.

Die Christoph Merian Stiftung wird von einer Stiftungskommission geleitet. Diese Kommission besteht aus sieben Mitgliedern, welche vom Bürgerrat gewählt werden. Dabei sind zwei Mitglieder aus dem Kreis des Bürgerrates selbst zu wählen. Diese haben das Präsidium sowie die Statthalterschaft inne.

Wie im Zusatzabkommen IV vorgesehen, geht der Ertragsüberschuss der Christoph Merian Stiftung nach Zuweisung von maximal 10% in den stiftungseigenen Landerwerb- und Baufonds je zur Hälfte an die Einwohnergemeinde und an die Bürgergemeinde. Erstere verwendet diese Mittel zur Erleichterung städtischer Aufgaben. Die Bürgergemeinde setzt diese Mittel vor allem für soziale Zwecke ein.

Seit Anfang 2006 lebt die Bürgergemeinde die wirkungsorientierte Verwaltungsführung. Dies bedeutet, dass die Christoph Merian Stiftung betreffend des Ertragsanteils der Bürgergemeinde auf der Basis von Leistungsaufträgen mit Globalbudgets arbeitet, die vom Bürgergemeinderat beschlossen und vom Bürgerrat konkretisiert werden. Diese Leistungsaufträge mit Globalbudgets sind in den drei so genannten Produktgruppen «Soziales», «Natur und Umwelt» sowie «Städtische Kultur» definiert. Die im 2008 für weitere vier Jahre verabschiedeten Leistungsaufträge sind gültig bis Ende 2012.

Für die Einzelheiten wird auf die gesonderte und umfassende Berichterstattung der Christoph Merian Stiftung verwiesen.

Leonhard Paravicini Stiftung sowie von dieser verwaltete weitere Stiftungen und Fonds

	Bilanzsumme 31.12.2009 CHF	Vermögens- erträge CHF	Zweckbestimmte Vergabungen CHF	Verwaltungs- aufwendungen CHF	Sonstige Bewegungen CHF	Bilanzsumme 31.12.2010 CHF
Leonhard Paravicini Stiftung «1844»	1'285'414	33'240	21'000	9'907		1'287'747
Dr. Alphonse Heckendom Stipendienfonds «1957»	271'849	6'774	18'000	2'172		258'451
Thurneysensches Beneficium «1867»	126'140	3'185		1'770		127'556
Legat Emil Allemandi «1892»	445'013	11'465	5'000	2'685	-5'000	453'793
Stiftung Ernst Eisenhut-Züst «1969»	4'788'055	124'304	94'000	26'122		4'792'237
TOTAL	6'916'472	178'968	138'000	42'655	-5'000	6'919'785

Anmerkung:

Die sonstigen Bewegungen im Legat Emil Allemandi beinhalten gesprochene, im Berichtsjahr jedoch noch nicht ausgerichtete Vergabungen (Kreditoren).

Nach Abzug der Verwaltungsaufwendungen stehen Erträge von gesamthaft noch CHF 136'313 zur Verfügung. Zweckbestimmte Vergabungen wurden in der Höhe von CHF 138'000 ausgerichtet. Die Schwankungsreserven liegen am Ende des Berichtsjahres zwischen 4 und 16% – angestrebt werden gemäss Empfehlung der Revisionsstelle 20%.

Stiftungen und Fonds der Bürgergemeinde

	Bilanzsumme 31.12.2009 CHF	Vermögens- erträge CHF	Sonstige Erträge CHF	Zweckbestimmte Vergabungen CHF	Verwaltungs- aufwendungen CHF	Sonstige Bewegungen CHF	Bilanzsumme 31.12.2010 CHF
Haug-Fuchs-Stiftung «1898»	277'019	6'870			1'368		282'521
Leonhard Haag-Stiftung «1922»	68'547	1'579		800	545		68'781
Legat Dr. Georges Jaeglé «1931»	85'356	1'899	295	2'000	326		85'225
*Georges Lichtenberg-Stiftung «1940»	3'423'438	144'711	160'000	26'000	264'175	-156'278	3'281'695
**Baehler-Stiftung «1964»	3'546'964	229'079		119'000	68'987	20'587	3'608'643
Hilfsfonds für Härtefälle «1964»	277'290	6'969			1'527		282'732
Emilie Steinbrunner-Fonds «1971»	178'203	4'310		4'000	1'222		177'290
Herbert Helmich-Ratz-Fonds «1979»	303'007	7'667			1'649		309'025
Fonds Offner-Grimm «1980»/ Thoss-Arlet «1993»/Pratumum «1999»	540'885	13'949			2'747		552'086
Josef Kissenberger-Fonds «1987»	393'541	10'098		500	2'086		401'054
Ernst Oskar Rudigier-Fonds «1993»	537'705	13'952		1'000	3'125		547'532
Vermächtnis Johanna Katharina Maier «1997»	218'412	5'550		250	1'404		222'308
Bitterli-Oesterle-Fonds «2000»	100'693	2'488			822		102'359
Unterstützungsfonds	821'347	21'341	1'417	16'000	4'579		823'526
Nachlass Eugen A. Meier «2005»	2'686'913	69'680	479'570	19'000	12'521		3'204'642
Sozialfonds der Bürgergemeinde «2009»	1'298'845	63'213		17'944	11'919	-1'510	1'330'685
Meyer zum Pfeil «2009»	350'476	8'836		3'000	4'265		352'047
GESAMTTOTAL	15'108'643	612'188	641'281	209'494	383'267	-137'201	15'632'150

Anmerkungen

Nach Abzug der Verwaltungsaufwendungen stehen Vermögenserträge von gesamthaft noch CHF 228'921 zur Verfügung. Zweckbestimmte Vergabungen wurden in der Höhe von CHF 209'494 getätigt. Die Schwankungsreserven liegen am Ende des Berichtsjahres zwischen 8 und 20% – angestrebt werden gemäss Empfehlung der Revisionsstelle 20%.

* und **: Diesen Stiftungen gehören folgende Liegenschaften	Bilanzwert (31.12.2010)	Gebäudeversicherungswert (1.1.2011)
* Liegenschaft Gempenstrasse 68	1'020'000	1'653'000
** Liegenschaft Allschwilerstrasse 94	1'365'600	1'633'000
** Liegenschaft Schneidergasse 2	1	1'060'000

Aufgrund der Tatsache, dass die Georges Lichtenberg-Stiftung sowie die Baehler-Stiftung Eigentümerinnen von Liegenschaften sind, wird in der Kolonne «Verwaltungsaufwendungen» auch der jeweilige Liegenschaftsaufwand ausgewiesen. Im Einzelnen setzen sich die ausgewiesenen Verwaltungsaufwendungen der Baehler-Stiftung wie folgt zusammen: Kosten für Administration und Vermögensverwaltungsmandat CHF 17'579, Aufwendungen für die Liegenschaftsbewirtschaftung CHF 51'408 (Abschreibungen, Hypothekarzinsen, Unterhalt, Liegenschaftsverwaltungskosten). In den Verwaltungsaufwendungen der Georges Lichtenberg-Stiftung sind Kosten für Administration und Vermögensverwaltungsmandat in der Höhe von CHF 11'639 und Aufwendungen für die Liegenschaftsbewirtschaftung in der Höhe von CHF 252'537 enthalten (Abschreibungen, Unterhalt, Liegenschaftsverwaltungskosten und Küchenrenovation Gempenstrasse 68).

Die sonstigen Erträge begründen sich wie folgt:

Legat Dr. Georges Jaeglé:	Erträge für vorübergehende Verwaltung der sogenannten Kinder- und Jugendmillion (früher «Waisenhaus-Million» genannt)
Georg Lichtenberg-Stiftung:	Auflösung Investitionsfonds infolge Küchenrenovation Liegenschaft Gempenstrasse 68
Unterstützungsfonds:	Spenden
Nachlass Eugen A. Meier:	Neu aufgetauchte Vermögenswerte

Die sonstigen Bewegungen beinhalten folgende Positionen:

Georges Lichtenberg:	Auflösung CHF 160'000 aus Investitionsfonds für Küchenrenovation Gempenstrasse 68. Rest Zunahme Transitorische Passiven
Baehler-Stiftung:	CHF 2'000 Kreditoren (gesprochene, aber noch nicht ausgerichtete Vergabungen), Zunahme Transitorische Passiven CHF 1'687 und Kapital CHF 16'900
Sozialfonds der Bürgergemeinde:	5% Anteil der Erträge Friedhofkassen für Riehen und Bettingen

Im Umfang der sonstigen Erträge bzw. der sonstigen Bewegungen verändert sich die jeweilige Bilanzsumme zusätzlich.

Weitere Stiftungen und Legate

CARL BISCHOFFSCHES THEATERLEGAT

Carl Bischoff-Stehelin (1803–1866) hat dem Basler Stadttheater ein Legat von CHF 100'000 ausgesetzt, über dessen Erträgnisse dieses seit 1866 verfügt. Das Legat wurde 1898 um CHF 25'000, welche die 1897 verstorbene Rosalie Wybert-Soller mit dieser Zweckbestimmung vermachte, und 1908 um weitere CHF 13'333 durch ein Legat von Remy Merian-Oster vermehrt. Sollte das Theater eines Tages geschlossen oder veräussert werden, so fallen dem Waisenhaus und dem Bürgerspital je die Hälfte des dannzumal vorhandenen Vermögens zu. Die Bilanzsumme, verwaltet durch die Theater-Genossenschaft Basel, beträgt per 31.12. CHF 213'510.

PAUL SCHERRER-FONDS

Die Angehörigen des 1935 verstorbenen Paul Scherrer, Bürger von Kirchberg SG und von Basel, haben 1962 unter dem Namen Paul Scherrer-Fonds eine Stiftung errichtet, dieser CHF 100'000 gewidmet und sie der Aufsicht der Bürgergemeinde der Stadt Basel unterstellt. Aus den Erträgnissen sollen Stipendien an junge begabte Bürger der Stadt Basel oder der Gemeinde Kirchberg SG oder an Schweizer Bürger, welche seit der Schulzeit in Kirchberg wohnen, ausgerichtet werden. Zuständig ist der Stiftungsrat (Präsident: Raymond Gervais). Im Berichtsjahr wurden an Basler Bürger Stipendien im Gesamtbetrag von CHF 9'600 ausbezahlt. Die Bilanzsumme beträgt per 31.12. CHF 156'403, wobei in den ausgewiesenen Wertschriften per Stichtag Reserven in der Höhe von rund CHF 118'000 enthalten sind, weil diese nicht zum Verkehrs- sondern zum Buchwert bewertet sind.

GUSTAVE UND ERNESTINE BASNIZKI-STIFTUNG

Die 1965 in Basel verstorbene Ernestine Basnizki-Wolff hat der Bürgergemeinde der Stadt Basel ein Barlegat mit der Verpflichtung vermacht, eine Stiftung zu errichten, deren Zinsen zur Hälfte der Bürgergemeinde der Stadt Basel und zur anderen Hälfte dem Institut für Rechtswissenschaft der Universität Basel zukommen sollen. Das (unantastbare) Stiftungskapital beträgt nach Eingang eines zweckgebundenen Vermächtnisses im Herbst 1994 CHF 350'000. Zuständig ist der Stiftungsrat (Präsident: Dr. iur. David Jenny). Für das Berichtsjahr wurden der Bürgergemeinde und dem Institut für Rechtswissenschaft je CHF 3'500 zugesprochen. Im Berichtsjahr betrug der Vermögensertrag CHF 10'090 und der Verwaltungsaufwand CHF 2'672. Die Bilanzsumme beläuft sich per 31.12. auf CHF 354'992.



ZENTRALE DIENSTE

Vorwort des Präsidenten

Die Zentralen Dienste der Bürgergemeinde dürfen auf ein erfolgreiches Jahr zurückblicken. Das gilt zunächst für Rechnung und Bilanz, die trotz Mindereinnahmen bei den Einbürgerungen sehr gut abschliessen und damit ausreichend Spielraum eröffnen für die vielfältigen Tätigkeiten der Zentralen Dienste. Die wichtigste Ertragsquelle sind Immobilien, die sorgfältig instand gehalten werden; Zeugnis dafür ist zum Beispiel die Burgfelderstrasse 18, deren Renovation im Berichtsjahr plangemäss vollendet werden konnte. Solide unterhaltene Immobilien haben den Vorteil, in Ausgaben und Einnahmen gut berechenbar zu sein, so dass unliebsame Überraschungen selten eintreten. Zum guten Ergebnis trug auch bei, dass die Forstrechnung überdurchschnittlich gut abschloss. Die vorbildliche, sowohl ökologischen wie auch ökonomischen Anforderungen gerecht werdende Waldpflege des Forstbetriebs wurde damit belohnt.



Die Kernaufgaben der Zentralen Dienste, die Unterstützung der politischen Behörden und die Koordination der Institutionen der Bürgergemeinde, mögen unscheinbar sein, dennoch sind sie für die Wirksamkeit und das Erscheinungsbild der Bürgergemeinde unerlässlich. Dank der gesunden finanziellen Basis können sie zur Zufriedenheit der Beteiligten, wie deren Reaktionen zeigen, wahrgenommen werden. Die Dienstleistungen werden speditiv und zuverlässig erbracht.

Für ein grösseres Publikum ebenfalls wenig sichtbar sind die Tätigkeit und die finanziellen Hilfen zugunsten baslerischer Gruppierungen, welche die Bürgergemeinde leistet. Viele Institutionen profitieren von mehr oder weniger hohen Ausschüttungen von Stiftungen und Legaten, die sich im Besitz der Bürgergemeinde befinden. Damit wird im Stillen vielen, zumeist sozial aktiven Vereinen und deren «Kundinnen und Kunden» das Leben erleichtert, verbunden mit der leisen Hoffnung, dass sich der gute Name der Bürgergemeinde in der Stadt weiter festigt.

Im Berichtsjahr konnten langwierige Verhandlungen, welche die Bürgergemeinde über Jahre hinweg beschäftigten, zu Ende geführt werden. Zum einen wurde mit dem Kanton Basel-Landschaft ein Vertrag über die Ansiedlung der seltenen und des-

wegen geschützten gemeinen Kreuzkröte in der Kiesgrube Klingenthal (Gemeinde Muttenz) abgeschlossen, der sowohl für das Überleben dieser Amphibienart bestmögliche Bedingungen bietet wie auch die berechtigten finanziellen Ansprüche der Bürgergemeinde berücksichtigt. Zum anderen haben die Bürgergemeinde der Stadt Basel und mehrere weitere Betroffene wie wiederum der Kanton Basel-Landschaft, die Standortgemeinde und die chemische Industrie sich darauf geeinigt, dass und auf welche Weise und mit welchem Kostenschlüssel die Deponie Rothausstrasse, die sich bekanntlich im Eigentum der Bürgergemeinde Basel befindet, hinsichtlich eines etwaigen Schadstoffausstosses überwacht werden soll. Damit sind zwei gewichtige Dossiers, welche für die Bürgergemeinde bedeutsam und zum Teil risikobehaftet sind, zu einem zumindest vorläufigen glücklichen Ende gekommen.

Ich danke allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die zu den erfreulichen materiellen und immateriellen Ergebnissen der Zentralen Dienste der Basler Bürgergemeinde beigetragen haben.

Prof. Dr. Leonhard Burckhardt
Bürgerrat und Präsident Leitungsausschuss Zentrale Dienste

ENGAGEMENT

Die Zentralen Dienste im Stadthaus, dem Sitz der Bürgergemeinde, füllen nach wie vor eine Doppelrolle aus. Zum einen sind sie die zentrale Stabstelle für sämtliche politischen Organe, d.h. sowohl der Legislative mit ihren Kommissionen wie auch der Exekutive mit ihren Kommissionen und Ausschüssen. In dieser Funktion haben sie unter anderem die Geschäfte so vor- und aufzubereiten, dass die politischen Organe in Kenntnis aller relevanten Umstände ihre Verantwortung wahrnehmen und die notwendigen Entscheidungen fällen können. Die Zentralen Dienste verstehen sich dabei als modernes, unterstützendes und koordinierendes Dienstleistungszentrum.

Zum anderen haben die Zentralen Dienste vielfältige operative Aufgaben wie die Vermögensanlage, die Geschäftsführung von Stiftungen und Fonds, die Bewirtschaftung des Liegenschaftsportefeuilles, die Administration der Einbürgerungen und die Waldbewirtschaftung mit dem eigenen Forstbetrieb. Ebenfalls hier angesiedelt sind die Öffentlichkeitsarbeit sowie die Aufgaben der Zentralen Personal- und Rechtsdienste. In finanzieller Hinsicht haben die Zentralen Dienste im Sinne einer Dauerzielsetzung auf der Basis einer ausgewogenen und weitsichtigen Finanzpolitik stets ausreichend Mittel zur ordnungsgemässen Erfüllung der anfallenden Aufgaben bereitzuhalten.

Nach der Einführung der neuen Strukturen per 2006, welche eine klare Trennung zwischen den strategischen und operativen Aufgaben, eine leistungsfördernde Output-statt Inputsteuerung sowie eine grosse unternehmerische Freiheit für die operativen Einheiten bei gleichzeitiger Gewährleistung der Kontrolle durch die übergeordneten Organe mittels des Reportings gebracht haben, ist die erste Periode der Leistungsaufträge für die Zentralen Dienste Ende 2008 ausgelaufen. Aufgrund der Erfahrungen in den letzten drei Jahren wurden diese überarbeitet und weiterentwickelt. Ab 2009 gelten für die Zentralen Dienste bis 2011 somit neue optimierte Leistungsaufträge, welche vor allem beim Finanzfluss die Transparenz noch einmal erhöhen.

BERICHT ZU DEN PRODUKTEGRUPPEN

Seit der Einführung der Neuordnung der Strukturen und der Führung in der Bürgergemeinde per 1. Januar 2006 hat jede Institution eine Aufgabenbeschreibung, die in so genannten Produktgruppen festgehalten ist. Die Zentralen Dienste haben zwei umfassende Hauptbetätigungsfelder: Dienstleistungen zugunsten der Gesamtorganisation und Dienstleistungen für die Bürgerschaft.

Produktgruppe «Dienstleistungen zugunsten der Gesamtorganisation (PG I)»

UNTERNEHMEN	Zentrale Dienste
PRODUKTEGRUPPE	Dienstleistungen zugunsten der Gesamtorganisation (PG I)
BESCHREIBUNG DES ANGEBOTS	<p>Die politischen Organe führen die Bürgergemeinde; dabei werden sie von den Zentralen Diensten als Stabsstelle unterstützt.</p> <p>Die Zentralen Dienste erbringen die für die Unterstützung der Führung des Gesamtunternehmens notwendigen Dienstleistungen, erstellen im Auftrag der politischen Organe die für die Entscheidungsfindung erforderlichen Grundlagen und stellen die für die Aufgabenerfüllung der politischen Organe notwendige Infrastruktur bereit. Sie erbringen für die einzelnen Institutionen bzw. die CMS zentrale Dienstleistungen.</p> <p>Die Zentralen Dienste bewirtschaften das ihnen zugeordnete Vermögen inklusive der Waldungen. Sie führen einen eigenen Forstbetrieb. Sie sorgen durch eine geeignete Anlage des Vermögens sowie durch andere Erträge für die Finanzierung dieser Leistungen. Sie besorgen die für die Verwaltung von Stiftungen und Fonds, welche der Bürgergemeinde zugeordnet sind, notwendigen Geschäfte sowie die für die Wahrnehmung der Aufsicht erforderlichen Obliegenheiten.</p> <p>Es können weitere in die Angebotspalette passende Aufgaben übernommen bzw. Dienstleistungen angeboten werden, sofern das Globalbudget eingehalten wird.</p>
KUNDINNEN UND KUNDEN	<ul style="list-style-type: none"> • Bürgergemeinderat • Bürgerrat • Institutionen/Christoph Merian Stiftung • Stiftungsrätinnen und -räte/Destinatäre
POLITISCHE ZIELSETZUNGEN	Die Zentralen Dienste erbringen als zentrale Stabsstelle qualitativ hochstehende Leistungen, gewährleisten das Funktionieren der Unternehmensführung, stellen den Informationsfluss sicher, sorgen für die Einhaltung der demokratischen Regeln und präsentieren die Gemeinde nach aussen.

BETRIEBLICHE ZIELSETZUNGEN

ZIEL	INDIKATOREN	SOLL-WERTE	ERGEBNIS 2010
Die Kundinnen und Kunden sind mit den Dienstleistungen der Zentralen Dienste zufrieden	Erhebungen der Aufsichtskommission im Rahmen des Jahresberichts Feedback der Kundinnen und Kunden	Positive Beurteilung durch die Aufsichtskommission anlässlich der jährlichen Aussprache oder in der Berichterstattung an das Parlament Schriftliche Reklamationen werden vom zuständigen Leitungsausschuss behandelt; keine gerechtfertigten schriftlichen Reklamationen Kritik und Anregungen werden ernst genommen; schriftliche Anfragen werden schriftlich beantwortet	Beurteilung im Rahmen der Behandlung des Jahresberichts 2009 positiv; die jährliche Aussprache wie auch die Berichterstattung an das Parlament für 2010 stand im Zeitpunkt der Erstellung des Jahresberichts noch aus Im Berichtsjahr sind keine schriftlichen Reklamationen durch die Kundinnen und Kunden eingegangen Anregungen werden ernst genommen (laufender Prozess). Im Berichtsjahr sind keine schriftlichen Anfragen durch die Kundinnen und Kunden eingegangen
Die Zentralen Dienste sorgen durch eine ausgewogene und weitsichtige Finanzpolitik dafür, dass stets ausreichend Mittel zur ordnungsgemässen Erfüllung der anfallenden Aufgaben vorhanden sind	Ausgeglichene Rechnung nach Abfluss von jährlich bis maximal CHF 100'000 zur Finanzierung der Produktegruppe «Dienstleistungen für die Bürgerschaft»	> = 0	Erreicht; siehe Finanzergebnis
Zufriedenheit beim Personal	Kündigungsbedingte Fluktuationsrate Jährliches MAG	< 10% p.a. Überwiegend positives Feedback der Mitarbeitenden	Im Berichtsjahr sind keine Abgänge zu verzeichnen Die jährlichen Mitarbeitergespräche (MAG) wurden durchgeführt und zeigen ein positives Bild
Dauer	2009 bis 2011 (3 Jahre)		

Globalbudget gemäss dem vom Bürgergemeinderat verabschiedeten verbindlichen Leistungsauftrag für 2009 bis 2011¹⁾

p.m. Gemäss § 2c der Gemeindeordnung enthalten die Globalkredite alle Aufwendungen und Erträge, die zur Erreichung der Ziele und zur Umsetzung der Vorgaben nötig sind. Sowohl die Aufwendungen als auch die Erträge sind abzubilden. Beschlossen wird gemäss § 2c. Abs. 2 der Gemeindeordnung indes nur die Differenz zwischen Aufwand und Ertrag (Nettokredit). Dieser Nettokredit bildet demnach die Steuerungsgrösse. Wird der Nettokredit eingehalten, ist das Finanzziel erreicht.

BUDGET	AUFWAND	ERTRAG	SALDO	ABFLUSS ZUR FINANZIERUNG	ERGEBNIS
GLOBALBUDGET 2009–2011 P.A.	5'450'000	5'550'000	100'000	100'000²⁾	0
JAHRESERGEBNIS	6'074'093	6'299'139	225'046	100'000²⁾	125'046

¹⁾ Die Zahlen sind auf der Basis eines Jahres ausgewiesen und bleiben – angepasst an die zu erwartende wirtschaftliche Situation – für die Dauer des vorliegenden Leistungsauftrags voraussichtlich gleich. Der auf der Basis eines Jahres ausgewiesene Nettokredit wird während der Dauer des vorliegenden Leistungsauftrags nicht überschritten.

²⁾ Abfluss zur Finanzierung der Produktegruppe «Dienstleistungen für die Bürgerschaft»

Kommentar: Die Produktegruppe «Dienstleistungen zugunsten der Gesamtorganisation» schliesst mit einem Plus von CHF 125'046 ab.

Es ist erfreulich, dass auch im Zuge der Finanzkrise dieses positive Ergebnis erzielt werden konnte, und dies obgleich einige der notwendigen Erneuerungs- und Reparaturarbeiten bei den Liegenschaften im Finanzvermögen sowie die Fortsetzung der seit längerem anstehenden und im Jahr 2006 begonnenen Erneuerungsarbeiten im Stadthaus (Gebäude wie Einrichtungen) weitgehend zu Lasten der laufenden Rechnung finanziert worden sind – sei es durch direkte Realisierung, sei es durch die Bildung entsprechender Rückstellungen. Mit den aufgrund des Bekenntnisses, den Wert der Liegenschaften auf lange Sicht zu erhalten, seit 2006 in Angriff genommenen und im Berichtsjahr weitergeführten Unterhalts- und Erneuerungsarbeiten bzw. Investitionen an den bereits im Eigentum der Bürgergemeinde befindlichen Liegenschaften ist die Position, auf dem Markt als faire Vermieterin in Erscheinung zu treten, die ihre Mietobjekte bewusst gut unterhält und zu attraktiven Konditionen anbietet, weiter ausgebaut und gestärkt worden.

Zur Waldbewirtschaftung ist festzuhalten, dass die Bemühungen, durch eine Erweiterung des Angebots sowohl hinsichtlich Breite wie Vielfalt (z.B. weitere Dienstleistungen für Dritte, Expansion beim Stellen und Aufrichten der Weihnachtsbäume in der Stadt sowie beim Weihnachtsbaumverkauf, Naturschutzprojekte) zusätzliche Deckungsbeiträge zu erwirtschaften, so dass längerfristig ein möglichst kleiner Aufwandüberschuss resultiert, erste Erfolge zeigen. So ist das Ergebnis des Forstbetriebs zwar nach wie vor defizitär, mit einem Aufwandüberschuss von knapp CHF 99'000 jedoch deutlich besser als erwartet und zudem auch noch einmal besser als im bereits an sich erfreulichen Vorjahr ausgefallen. Da die Ursachen für diese Ergebnisverbesserung des Forstbetriebs zu einem wesentlichen Teil nachhaltig sind, kann davon ausgegangen werden, dass auch künftig mit ähnlich guten Ergebnissen zu rechnen ist, zumal angestrebt wird, weiter zu wachsen, so dass die Kosten für das Personal sowie für die Anschaffung von Maschinen und deren Unterhalt besser aufgefangen werden können, da ein grosses Gebiet mit vielfältigen und unterschiedlichen Aufgaben flexibler bewirtschaftet werden kann. Dabei ist jedoch zu berücksichtigen, dass in Zukunft im Forstbereich einige Investitionen geplant sind, die zwar von der Bürgergemeinde vorfinanziert werden, jedoch vom Forstbetrieb zu verzinsen und zu amortisieren sind, so dass folglich die Forstrechnung künftig zusätzlich belastet werden wird.

In diesem Zusammenhang ist auch darauf hinzuweisen, dass die Nutzung der Waldungen durch Dritte immer intensiver wird. Dabei wird es immer schwieriger, die Bedürfnisse aller Nutzenden (Spaziergänger – oft mit Hunden, «Freizeitgästen», Sportlern u.a.m.) «unter einen Hut zu bringen» und zugleich zum einen den Wald zu pflegen und zu bewirtschaften und zum anderen auch die Naturschutzanliegen angemessen zu gewährleisten. Auch sind mit dieser intensiven Nutzung für den Waldeigentümer Aufwendungen verbunden, für welche niemand aufkommen will. Gerade auf dem Gebiet des stadtnahen Hardwaldes erbringt die Bürgergemeinde wesentliche Leistungen für die Bevölkerung der Stadt und Region, die nichts mit Waldbewirtschaftung oder -nutzung im klassischen Sinne zu tun haben. Beispielhaft können der Unterhalt eines 30 km langen und zudem überwiegend

kinderwagentauglichen Wegnetzes, die Errichtung und Pflege von 10 gesicherten Feuerstellen, 90 Sitzbänken und 30 Tischgruppen sowie der Unterhalt einer Blockhütte und des Vita Parcours genannt werden. Zudem ist darauf hinzuweisen, dass neben rund 80 Fässern à 200 Liter Müll, welcher auf der gesamten Waldfläche mühsam eingesammelt werden musste, wöchentlich zusätzlich rund 10 weitere Fässer à 200 Liter Abfall an festen Standorten angefallen sind, die ebenfalls entsorgt werden mussten, sowie dass durch den Forstbetrieb der Bürgergemeinde ca. 1'400 Arbeitsstunden für reine Wohlfahrtsleistungen erbracht wurden.

Produktegruppe «Dienstleistungen für die Bürgerschaft (PG II)»

UNTERNEHMEN	Zentrale Dienste
PRODUKTEGRUPPE	Dienstleistungen für die Bürgerschaft (PG II)
BESCHREIBUNG DES ANGEBOTS	<p>Die Zentralen Dienste sorgen für einen reibungslosen und speditiven Ablauf der Einbürgerungsgesuche, bieten weitere Produkte zur Förderung der Einbürgerungen und Integration an, führen das Bürgerbuch und erbringen weitere Dienstleistungen für die Bürgerschaft sowie für die Einwohnerinnen und Einwohner. Sie erbringen Aufgaben zu Gunsten der Oberaufsicht über die Zünfte und Gesellschaften der Stadt Basel und setzen sich für eine gute Zusammenarbeit mit diesen ein.</p> <p>Es können weitere in die Angebotspalette passende Aufgaben übernommen bzw. Dienstleistungen angeboten werden, sofern das Globalbudget eingehalten wird.</p>
KUNDINNEN UND KUNDEN	<ul style="list-style-type: none"> • Bürgergemeinderat und Bürgerrat • Einbürgerungskommission • Gesuchsteller und Gesuchstellerinnen von Einbürgerungen • Bürgerinnen und Bürger/Einwohnerinnen und Einwohner • Zünfte und Gesellschaften der Stadt Basel

BETRIEBLICHE ZIELSETZUNGEN

ZIEL	INDIKATOREN	SOLL-WERTE	ERGEBNIS 2010
Die Kundinnen und Kunden sind mit den Dienstleistungen der Zentralen Dienste zufrieden	Feedback der Kundinnen und Kunden	Keine gerechtfertigten schriftlichen Reklamationen Kritik und Anregungen werden ernst genommen; schriftliche Anfragen werden schriftlich beantwortet	Im Berichtsjahr sind keine schriftlichen Reklamationen der Kundinnen und Kunden eingegangen, welche die Tätigkeit der Zentralen Dienste betreffen Kritik und Anregungen werden ernst genommen (laufender Prozess). Im Berichtsjahr sind keine schriftlichen Anfragen, welche die Tätigkeit der Zentralen Dienste betreffen, durch die Kundinnen und Kunden eingegangen
Die Bürgerrechtsbewerben sind mit der ordnungsgemässen Verfahrensabwicklung zufrieden	Umfrage über den Zufriedenheitsgrad der Leistungsempfängerinnen und -empfänger während der Laufzeit der Produktgruppe Durchlaufzeit der Gesuche	>90% der Befragten beurteilen die Leistungen positiv Zwischen Eingang und Prüfung durch das zuständige Organ bei der Bürgergemeinde liegen bei ordentlicher Erledigung maximal 6 Monate für Ausländerinnen und Ausländer und maximal 3 Monate für Schweizerinnen und Schweizer	Siehe Kommentar Erreicht; siehe Kommentar
Die Einbürgerungskommission ist mit der Unterstützung durch die Zentralen Dienste bei der Erfüllung ihrer Aufgabe zufrieden	Feedback der Einbürgerungskommission	Einbürgerungskommission beurteilt die Unterstützung durch die Zentralen Dienste positiv Kritik und Anregungen werden ernst genommen	Keine negativen Rückmeldungen Allfällige Kritik und Anregungen werden ernst genommen (laufender Prozess)
Mit dem erwirtschafteten Ertrag finanzieren die Zentralen Dienste diese Produktgruppe weitgehend selbst	Ausgeglichene Rechnung nach Zuschuss aus dem Vermögensertrag von maximal CHF 100'000 pro Jahr	> = 0	Im Berichtsjahr nicht erreicht; siehe Finanzergebnis und Kommentar
Dauer	2009 bis 2011 (3 Jahre)		

Globalbudget gemäss dem vom Bürgergemeinderat verabschiedeten verbindlichen Leistungsauftrag für 2009 bis 2011¹⁾

p.m. Gemäss § 2c der Gemeindeordnung enthalten die Globalkredite alle Aufwendungen und Erträge, die zur Erreichung der Ziele und zur Umsetzung der Vorgaben nötig sind. Sowohl die Aufwendungen als auch die Erträge sind abzubilden. Beschlossen wird gemäss § 2c. Abs. 2 der Gemeindeordnung indes nur die Differenz zwischen Aufwand und Ertrag (Nettokredit). Dieser Nettokredit bildet demnach die Steuerungsgrösse. Wird der Nettokredit eingehalten, ist das Finanziel erreicht.

BUDGET	AUFWAND	ERTRAG	SALDO	ZUFLUSS ZUR FINANZIERUNG	ERGEBNIS
GLOBALBUDGET 2009–2011 P.A.	600'000	500'000	-100'000	100'000²⁾	0
JAHRESERGEBNIS	662'160	533'733	-128'427	100'000²⁾	-28'427

¹⁾ Die Zahlen sind auf der Basis eines Jahres ausgewiesen und bleiben – angepasst an die zu erwartende wirtschaftliche Situation – für die Dauer des vorliegenden Leistungsauftrags voraussichtlich gleich. Der auf der Basis eines Jahres ausgewiesene Nettokredit wird während der Dauer des vorliegenden Leistungsauftrags nicht überschritten.

²⁾ Zufluss zur Finanzierung aus der Produktgruppe «Dienstleistungen zugunsten der Gesamtorganisation»

Kommentar: Die Produktegruppe «Dienstleistungen für die Bürgerschaft» schliesst mit einem Aufwandüberschuss von CHF 28'427 ab. Dabei wurde auf die gemäss Definition der Produktegruppe bestehende Möglichkeit eines Zuschusses aus dem Vermögensertrag zurückgegriffen; die eingeräumte Kompetenz von bis maximal CHF 100'000 wurde vollumfänglich beansprucht.

Das Finanzergebnis für den Bereich der Einbürgerungen liegt im Berichtsjahr – anders als in den Jahren 2006 und 2007, als diese Einnahmen deutlich überdurchschnittlich ausgefallen sind, und auch anders als im Jahr 2008, als sich diese in einer Grössenordnung bewegten, wie im längerfristigen Durchschnitt zu erwarten ist – deutlich unter dem Niveau, wie es im Mittel auf lange Sicht prognostiziert wird. Auch wenn die Einnahmen im Vergleich zum Vorjahr auf den ersten Blick «nur» um rund CHF 40'000 zurückgegangen sind, so ist zu berücksichtigen, dass in diesem Ergebnis zusätzlich bereits rund CHF 90'000 enthalten sind, die auf die Auflösung bestehender Rückstellungen für Schwankungen im Einbürgerungsverfahren zurückzuführen sind. Berücksichtigt man weiter, dass im Berichtsjahr im Rahmen der Aktion für Schweizerinnen und Schweizer rund CHF 70'000 Einnahmen erzielt worden sind, die allerdings durch den mit der Aktion verbundenen Mehraufwand weitgehend kompensiert werden, so wird deutlich, dass die Gebühreneinnahmen infolge Einbürgerungen ausländischer Bewerbenden massiv eingebrochen sind. Die Ursache für diesen Einbruch liegt darin, dass bei der Bürgergemeinde im Berichtsjahr deutlich weniger Gesuche ausländischer Bürgerrechtsbewerbenden eingegangen sind. Waren es im Vorjahr noch 483, so gingen im Berichtsjahr nur gerade noch 223 Gesuche ein. Dies hat dazu geführt, dass die Einbürgerungskommission in nur 56 (Vorjahr 66) Sitzungen weit weniger Gesuche als im Vorjahr behandeln konnte.

Im Wesentlichen sind zwei Ursachen für diese Situation verantwortlich: Zum einen war der Kanton im Berichtsjahr aus verschiedenen Gründen phasenweise nicht in der Lage, die bei ihm vorhandenen Gesuche zu behandeln. Zum anderen war gemäss Auskunft des kantonalen Migrationsamts die Zahl der beim Kanton neu eingehenden ordentlichen Gesuche tendenziell rückläufig.

Da die Probleme des Überweisungsstaus beim Kanton angegangen wurden, so dass die Zahl vom Kanton an die Bürgergemeinde weitergeleiteten Gesuche von ausländischen Bürgerrechtsbewerbenden zuletzt wieder etwas zugenommen hat, und da in jüngster Zeit die beim Kanton neu eingehenden Gesuche offenbar wieder leicht zunehmen, sollten künftig wieder mehr Gesuche behandelt werden können, so dass unter Berücksichtigung der vom Bürgerrat im Berichtsjahr beschlossenen Gebührenanhebung davon ausgegangen werden kann, dass dieses Geschäft pro futuro wieder kostendeckend betrieben werden kann.

Daneben ist auf der Ausgabenseite zu berücksichtigen, dass der Verwaltungsaufwand pro Gesuch sukzessive ansteigt, da immer häufiger zusätzliche Abklärungen bzw. Nachforschungen notwendig sind. Hinzu kommt die weitere Zunahme ablehnender Entscheide, welche ebenfalls eine Mehrbeanspruchung der Ressourcen der Zentralen Dienste mit sich bringt. Auch hat das Angebot an unterstützenden Tools wie «Fit für Basel» oder ähnlichem in den letzten Jahren stetig zugenommen. Im Aufwand sind zudem auch die Kosten für die Aktion für Schweizerinnen und Schweizer enthalten, welche jedoch Einmaligkeitscharakter haben. Schliesslich ist zu berücksichtigen, dass mit der offenbar tendenziell rückläufigen Anzahl der neu beim Migrationsamt eingehenden Gesuche kein linearer Rückgang der Kosten einhergeht (Fixkostenanteile; Zunahme des durchschnittlichen Bearbeitungsaufwands pro Fall während der letzten Jahre; starke Zunahme an besonderen Fragestellungen im Zusammenhang mit den Einbürgerungen bzw. der Verrechtlichung des Verfahrens in den letzten Jahren mit Rekursen bis vor Verwaltungs- und gar Bundesgericht u.a.m.)

In den vergangenen Jahren – vor allem 2006 und 2007 – wurden aufgrund überdurchschnittlicher Einnahmen aus der Einbürgerungstätigkeit Rückstellungen für Schwankungen im Einbürgerungsverfahren (Schwankungsreserven) gebildet. Ein solches Vorgehen drängte sich aufgrund der Vorgabe, für die Einbürgerungen seit 2005 nur noch kostendeckende Gebühren zu erheben, auf, da mit Veränderungen bei der Gesuchszahl gerechnet werden musste und ein alljährliches Verändern der Gebühren keine taugliche Lösung sein konnte, zumal die «richtige» Gebührenehöhe erst im Nachhinein – d.h. wenn die jährlich tatsächlich behandelte Anzahl Gesuche und der damit verbundene Aufwand feststeht – festgestellt werden kann. Die Einbürgerungstätigkeit und damit die Basis für die Gebührenehöhe ist zudem auch kein kurzfristiges Geschäft, sondern beruht auf einer für mehrere Jahre ausgerichteten Planung. Nachdem bereits im Vorjahr Schwankungsreserven im Umfang von rund CHF 60'000 aufgelöst worden waren, mussten im Berichtsjahr auch die verbleibenden Schwankungsreserven von knapp CHF 90'000 vollständig aufgelöst werden. Am Ende des Berichtsjahrs stehen somit keine Rückstellungen für Schwankungen im Einbürgerungsverfahren mehr zur Verfügung. Angesichts dieser Tatsache sowie unter Berücksichtigung der offenbar tendenziell rückläufigen Anzahl der neu beim Migrationsamt eingehender Gesuche zum einen und des steigenden Durchschnittsaufwand pro Gesuch zum anderen, hat der Bürgerrat im Berichtsjahr entschieden, die Gebühren mit Wirkung per 1. Januar 2011 anzuheben, um in diesem Bereich weiterhin kostendeckend arbeiten zu können. Im Vergleich bewegen sich die Gebühren künftig auf ähnlichem Niveau wie in der Bürgergemeinde Bettingen und immer noch deutlich unter denjenigen in der Bürgergemeinde Riehen. Allerdings werden sich die höheren Gebühren aufgrund der Übergangsbestimmungen frühestens in der zweiten Hälfte 2011 tatsächlich auswirken.

Die Behandlungsdauer von Gesuchen innerhalb des Zuständigkeitsbereichs der Bürgergemeinde liegt gerade auch aufgrund des erwähnten Fehlens ausreichender neuer Gesuche offensichtlich innerhalb der Vorgaben – die aktuell deutliche Verlängerung der gesamten Verfahrensdauer hat ihre Ursache beim Behandlungstau des Kantons und liegt damit ausserhalb des Verantwortungsbereichs der Bürgergemeinde.

Die Zahl der erleichterten Einbürgerungen, d.h. die Einbürgerung von ausländischen Bürgerrechtsbewerbernden, die mit einer Schweizerin oder mit einem Schweizer verheiratet sind, bewegte sich mit 340 auf noch einmal höherem Niveau (Vorjahr: 264). Da die Bürgergemeinde für die erleichterten Einbürgerungen in Gesetzes wegen keine Gebühren erheben kann, ist sie bereits im Vorjahr beim Kanton vorstellig geworden, um künftig für den anfallenden Aufwand angemessen entschädigt zu werden. Es konnte auf dem Verhandlungswege erreicht werden, dass der Bürgergemeinde mit Wirkung per 1. Januar 2010 zumindest für die im Kanton Basel-Stadt eingereichten Gesuche ein Betrag von CHF 30 pro Gesuch vergütet wird.

Zum Ziel, wonach die Gesuchstellerinnen und Gesuchsteller von Einbürgerungen mit der Verfahrensabwicklung zufrieden sein sollen, wurden auch im Berichtsjahr Befragungen durchgeführt. Danach konnte das vorgegebene Ziel gesamthaft betrachtet erreicht werden, wenngleich vereinzelt auch Verbesserungspotential festgestellt worden ist. Mit Ausnahme der Verfahrenslänge, welche sich bei der Bürgergemeinde innerhalb der Vorgaben von drei bzw. sechs Monaten bewegt und die darüber hinaus fremdbestimmt ist, indem sie auch im Einflussbereich von Kanton und Bund liegt, waren die Rückmeldungen mit 86–95% positiv. Die detaillierten Ergebnisse der Befragungen wurden der Aufsichtskommission im Zuge der Behandlung des Jahresberichts offengelegt.

Ergänzend wird auf die Erfolgsrechnung bzw. deren Kommentar sowie zusätzlich auf die Ausführungen zum Bereich Einbürgerungen verwiesen.

ERFOLGSRECHNUNG

		2010 CHF	2009 CHF
BETRIEB			
ERTRAG	Gebühren Bürgerrecht	499'733	537'063
	Beiträge und Honorare	304'088	291'410
	Forstbetrieb	1'122'958	931'274
	Zinsen auf Guthaben, Darlehen + Wertschriften	39'273	41'910
	Mietertrag (Eigenmiete)	90'000	90'000
	TOTAL BETRIEBSERTRAG	2'056'051	1'891'657
AUFWAND	Bürgergemeinderat	119'540	96'690
	Bürgerrat	93'258	88'388
	Personal	1'355'426	1'361'138
	Öffentlichkeitsarbeit	128'472	171'212
	Verwaltung	386'787	597'496
	Mietaufwand (Eigenmiete)	90'000	90'000
	Forstbetrieb	1'221'931	1'061'519
TOTAL BETRIEBSAUFWAND	3'395'415	3'466'443	
ERGEBNIS BETRIEB		-1'339'364	-1'574'787
IMMOBILIEN			
ERTRAG	Mietertrag	3'792'690	3'840'307
	Baurechtszinsen	308'182	307'228
	Pachtzinsen Waldhaus	168'792	168'395
	Pachtzinsen Kiesgrube	487'156	328'890
	Ausserordentlicher Ertrag	20'000	770'249
	TOTAL IMMOBILIENERTRAG	4'776'820	5'415'070
AUFWAND	Stadthaus	194'667	152'223
	Wohnliegenschaften	2'490'722	2'356'090
	Waldhaus	168'946	124'473
	Zuweisung Erneuerungsfonds	0	43'415
	Kiesgrube/Hardwasser AG	44'504	84'904
	Zuweisung Investitionsfonds	442'000	252'000
	ausserordentliche Zuweisung an ordentliche Reserve	0	770'249
	TOTAL IMMOBILIENAUFWAND	3'340'839	3'783'354
ERGEBNIS IMMOBILIEN		1'435'981	1'631'716
GESAMTERGEBNIS		96'618	56'929

KOMMENTAR ZUR ERFOLGSRECHNUNG

ALLGEMEINES

Die Zentralen Dienste der Bürgergemeinde schliessen bei einem Ertrag von CHF 6'832'871 und einem Aufwand von CHF 6'736'253 mit einem Ertragsüberschuss von CHF 96'618 ab. Dieses Resultat stimmt mit der bewährten Zielsetzung überein, wonach die zentrale Stabstelle der Bürgergemeinde auf der Basis einer ausgewogenen und weitsichtigen Finanzpolitik anzustreben hat, stets ausreichend Mittel zur ordnungsgemässen Erfüllung der anfallenden Aufgaben bereitzuhalten. Darüber hinaus können auf diese Weise dem Vermögen Mittel zugeführt werden, um die fortschreitende Geldentwertung aufzufangen bzw. abzufedern.

ERTRAG

GEBÜHREN BÜRGERRECHT

CHF 499'733

Die Position «Gebühren Bürgerrecht» ist um rund CHF 40'000 zurückgegangen. Zudem sind in diesem Ergebnis Erträge in der Höhe von rund CHF 90'000 enthalten, die auf die (vollständige) Auflösung der bestehenden Rückstellungen für Schwankungen im Einbürgerungsverfahren zurückzuführen sind.

Nur partiell konnte der eklatante Rückgang der Gebühreneinnahmen für Gesuche ausländischer Bürgerrechtsbewerbenden durch die ausserordentlich hohe Zahl von Schweizer Bürgerrechtsbewerbenden wettgemacht (564 Aufnahmen im Berichtsjahr, 38 im Vorjahr) werden, die im Rahmen einer befristeten Einbürgerungsaktion zu einer reduzierten Gebühr Basler Bürgerin oder Basler Bürger werden konnten. Auch die seit dem Berichtsjahr neu vom Kanton geleistete Entschädigung für den Aufwand der Bürgergemeinde bei der Bearbeitung von Begehren um erleichterter Einbürgerungen, die im Kanton Basel-Stadt eingereicht wurden, in der Höhe von CHF 30 pro Gesuch hatte auf das Gesamtergebnis nur marginalen Einfluss.

Der Ertragsrückgang für Gesuche ausländischer Bürgerrechtsbewerbenden ist im Wesentlichen darauf zurückzuführen, dass im Berichtsjahr deutlich weniger Gesuche als im Vorjahr vom Kanton an die Bürgergemeinde überweisen worden sind (Berichtsjahr: 223; Vorjahr: 483). Für weitere Einzelheiten wird auf den Kommentar zur Produktgruppe «Dienstleistungen für die Bürgerschaft (PG II)» sowie auf den Kommentar zum Bereich Einbürgerungen verwiesen.

FORSTBETRIEB

CHF 1'122'958

Die Erträge sind gegenüber dem Vorjahr um rund CHF 190'000 angestiegen. Berücksichtigt man, dass sich die Aufwendungen gegenüber dem Vorjahr um ca. CHF 160'000 erhöht haben, so ist erfreulicherweise festzustellen, dass der Aufwandüberschuss «lediglich» rund CHF 99'000 beträgt und somit das Ergebnis des Forstbetriebs erneut verbessert werden konnte. Für Details wird auf die gesonderte Forstrechnung verwiesen.

**PACHTZINSEN
KIESGRUBE****CHF 487'156**

Aufgrund des zeitlichen Ablaufs bei der Erstellung der definitiven Abrechnung des Kiesgrubenpächters können in der Jahresrechnung jeweils nur die provisorischen, mündlich in Aussicht gestellten Umsatzzahlen (Akontozahlungen) verbucht werden. Die definitive Abrechnung für das Jahr 2009 ergab eine aussergewöhnlich hohe Nachzahlung von mehr als CHF 208'000, welche sich nun im Berichtsjahr als Mehrertrag auswirkt

**AUSSERORDENTLICHER
ERTRAG
(BEREICH IMMOBILIEN)****CHF 20'000**

Der ausserordentliche Ertrag im Vorjahr war auf den Erlös aus dem Verkauf einer Liegenschaft zurückzuführen. Im Berichtsjahr sind CHF 20'000 zu verbuchen, welche von der Storchen Parking AG für eine auf der Liegenschaft Stadthaus eingerichtete Dienstbarkeit (Notausgang) geleistet worden sind.

AUFWAND**BÜRGERGEMEINDERAT****CHF 119'540**

Die Erhöhung dieser Position ist darauf zurückzuführen, dass die Sitzungsgelder der Parlamentarierinnen und Parlamentarier neu per Kalenderjahr und nicht mehr per Legislaturperiode abgerechnet werden. Aus diesem Grund sind in dieser Position die Sitzungsgelder von September 2009 bis Dezember 2010 enthalten, was einmalig einer längeren, 16-monatigen Periode entspricht.

PERSONALAUFWAND**CHF 1'355'426**

Der reine Lohnaufwand hat sich gegenüber dem Vorjahr im Rahmen der vom Parlament bewilligten Lohnanpassung/Lohnentwicklung erhöht. Weil jedoch im Berichtsjahr keine zusätzlichen Rückstellungen für den bei der Pensionskasse Basel-Stadt versicherten Personenkreis gebildet werden mussten und zudem die FAK-Beiträge um 0.6% gesenkt wurden, hat sich der Personalaufwand insgesamt nicht erhöht.

ÖFFENTLICHKEITSARBEIT**CHF 128'472**

Nachdem in den Jahren 2008 und 2009 auf dieser Position ein erhöhter Aufwand zu verbuchen war, haben sich die Kosten für Öffentlichkeitsarbeit gegenüber dem Vorjahr um rund CHF 43'000 reduziert. Diese Position ist jedoch generell gewissen Schwankungen unterworfen, weil die Öffentlichkeitsarbeit weder linear noch im Voraus stets verlässlich planbar sondern in Abhängigkeiten verläuft.

VERWALTUNGSaufwand**CHF 386'787**

Diese Position hat sich gegenüber dem Vorjahr massiv reduziert. Dies ist darauf zurückzuführen, dass im Vergleich zum Vorjahr, als signifikante Aufwendungen mit Einmaligkeits-

charakter angefallen waren, weit weniger ausserordentliche Umstände zu verzeichnen waren.

FORSTBETRIEB**CHF 1'221'931**

Wie schon bei der entsprechenden Ertragsposition angesprochen, hat sich der betriebliche Aufwand gegenüber dem Vorjahr um knapp CHF 160'000 erhöht. Da sich jedoch auch der Ertrag um rund CHF 190'000 verbessert hat, kann auf ein erfolgreiches Forstjahr zurückgeblückt werden. Für Details wird auf die gesonderte Forstrechnung verwiesen.

STADTHAUS**CHF 194'667**

Diese Position ist gegenüber dem Vorjahr vor allem deshalb um rund CHF 42'000 angestiegen, weil im Stadthaus zwecks Erhaltung der Substanz verschiedene, teilweise umfangreichere Unterhalts- und Erneuerungsarbeiten notwendig waren.

WOHNLIEGENSCHAFTEN**CHF 2'490'722**

Die Aufwendungen im Liegenschaftsbereich sind im Berichtsjahr rund CHF 130'000 höher als im Vorjahr. In den folgenden Jahren ist weiterhin mit einer Aufwandposition in ähnlicher Höhe zu rechnen, da es das erklärte Ziel ist, den Wert der Liegenschaften auf lange Sicht zu erhalten. Aus diesem Grund wurden bereits gewisse Arbeiten ausgeführt und für andere bevorstehende Unterhalts- und Erneuerungsarbeiten bzw. Investitionen erste Rückstellungen gebildet – dies gerade auch, weil in einigen Liegenschaften die Heizanlagen in den nächsten Jahren erneuert werden müssen. Für die Erhöhung der Planungssicherheit wird die in Zusammenarbeit mit den Liegenschaftsverwaltungen erarbeitete Gesamtübersicht über die in den nächsten Jahren zu erwartenden Unterhalts- und Erneuerungsarbeiten bzw. Investitionen laufend überprüft und bei Bedarf angepasst. Wie schon in den Jahren zuvor sind in dieser Position die praxisgemäss vorgesehenen Abschreibungen im Liegenschaftssektor in der Höhe von CHF 1'000'000 enthalten (2% des Kaufpreises der Wohn- und Geschäftsliegenschaften).

WALDHAUS**CHF 168'946**

Die Aufwendungen für den Unterhalt des «Waldhauses» sowie für Einrichtungen und Maschinen sind gegenüber dem Vorjahr um rund CHF 44'000 höher ausgefallen; vor allem infolge unvorhergesehener Aufwendungen wie Reparatur von Frostschäden vor dem Haupteingang und auf dem Parkplatz, diverser Reparatur- und Erneuerungsarbeiten an der Schnitzel-Heizung sowie des Ersatzes eines Geschirrspülautomates und einer Utensilienwaschmaschine.

**ZUWEISUNG
ERNEUERUNGSFONDS****CHF 0**

Gemäss langjähriger Praxis wird angestrebt, dass sich die Rechnung des Hotels und Restaurants Waldhaus ausgleicht, so lange nicht umfangreiche Sanierungsmass-

nahmen anstehen. Deshalb wird der jeweilige Überschuss dem Erneuerungsfonds zugewiesen, um künftige grössere Investitionen nach Möglichkeit auffangen zu können. Da im Berichtsjahr für den Unterhalt und die Einrichtungen mehr als im Vorjahr investiert werden musste, und der Ertrag an Pachtzinsen nahezu gleich geblieben ist, konnte im Berichtsjahr keine Zuweisung an den Erneuerungsfonds getätigt werden.

**KIESGRUBE/
HARDWASSER AG**

CHF 44'504

Die Ursache, dass die Aufwendungen gegenüber dem Vorjahr um CHF 40'000 zurückgegangen sind, liegt vor allem darin, dass im Vorjahr ausserordentliche und einmalige Kosten im Zusammenhang der Erweiterung des Kiesabbaugebiets Klingenthal angefallen sind.

**ZUWEISUNG
INVESTITIONSFONDS**

CHF 442'000

Wiederum werden die Nettoeinnahmen aus Kiesabbau, welcher faktisch Vermögensverzehr darstellt, dem Investitionsfonds zugewiesen, damit Investitionen in andere Vermögenswerte möglich sind und auf diese Weise die Ertragskraft des Vermögens langfristig erhalten bleibt.

Da die definitive Abrechnung des Kiesgrubenpächters eine aussergewöhnlich hohe Nachzahlung von über CHF 200'000 ergab, konnte auch die Zuweisung an den Investitionsfonds entsprechend erhöht werden.

BILANZ

		31.12.2010 CHF	31.12.2009 CHF
AKTIVEN			
UMLAUFVERMÖGEN	Flüssige Mittel	1'435'542	2'719'114
	Treuhänderische Vermögensanlage	0	500'000
	Forderungen	325'575	257'292
	Vorräte	5'624	14'552
	Aktive Rechnungsabgrenzung	822'777	742'702
TOTAL UMLAUFVERMÖGEN		2'589'517	4'233'659
FINANZANLAGEN	Darlehen	900'000	900'000
	Beteiligungen	608'300	605'000
	FINANZANLAGEN	1'508'300	1'505'000
SACHANLAGEN	Mobilien, Einrichtungen und Fahrzeuge	160'201	201'851
	Immobilien	2	2
	SACHANLAGEN VERWALTUNGSVERMÖGEN	160'203	201'853
	Mobilien und Einrichtungen	1	1
	Immobilien	29'465'004	29'865'004
	Waldungen	36	36
	SACHANLAGEN FINANZVERMÖGEN	29'465'041	29'865'041
VERMÖGENSANLAGEN	FÜR STIFTUNGEN UND FONDS	14'439'465	14'139'836
TOTAL ANLAGEVERMÖGEN		45'573'009	45'711'730
TOTAL AKTIVEN		48'162'527	49'945'389

		31.12.2010	31.12.2009
		CHF	CHF
PASSIVEN			
FREMDKAPITAL	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	102'945	87'353
	Übrige Verbindlichkeiten	0	500'000
	Passive Rechnungsabgrenzung	987'078	937'838
	Kurzfristige Rückstellungen	773'600	700'848
	KURZFRISTIGES FREMDKAPITAL	1'863'623	2'226'039
	Darlehen von Stiftungen und Fonds	5'000'000	5'000'000
	Hypotheken	1'100'000	3'350'000
	Langfristige Rückstellungen	2'658'198	2'666'891
	Vermögensanlage für Stiftungen und Fonds	14'439'465	14'139'836
	LANGFRISTIGES FREMDKAPITAL	23'197'663	25'156'727
	TOTAL FREMDKAPITAL	25'061'286	27'382'766
EIGENKAPITAL	Kapital	4'000'000	4'000'000
	Ordentliche Reserve	13'597'298	13'540'369
	Jahresergebnis	96'618	56'929
	Investitionsfonds	4'365'000	3'923'000
	Forstreserve	340'325	340'325
	Erneuerungsfonds Hotel/Restaurant Waldhaus	702'000	702'000
	TOTAL EIGENKAPITAL	23'101'241	22'562'623
	TOTAL PASSIVEN	48'162'527	49'945'389

KOMMENTAR ZUR BILANZ

AKTIVEN

FLÜSSIGE MITTEL

CHF 1'435'542

Für jede Liegenschaft wird ein separates Bankkonto geführt. Die jeweiligen Bestände sind per 31. Dezember in die Jahresrechnung zu integrieren. Im Berichtsjahr sind die Bestände wesentlich tiefer als vor Jahresfrist. Dies liegt vor allem daran, dass im Berichtsjahr mehr als CHF 2 Millionen liquide Mittel zur Tilgung von Hypothekarschulden eingesetzt wurden.

TREUHÄNDERISCHE
VERMÖGENSANLAGE

CHF 0

Auf diesem Konto wurden während der letzten Jahre die Mittel der so genannten «Kinder- und Jugend-Million» (früher «Waisenhaus-Million» genannt) für die Jahre 2004 und 2005 vorübergehend «parkiert». Die noch verbliebenen Mittel wurden im Berichtsjahr vorgabengemäss an das Waisenhaus zugunsten des Neubaus der Durchgangsgruppe ausbezahlt.

FORDERUNGEN

CHF 325'575

Hier handelt es sich einerseits um die Pachtzinsabrechnung des Hotels und Restaurants Waldhaus (Schlussrechnung nach Berücksichtigung bereits erfolgter Akontozahlungen) und andererseits um den Debitorenbestand des Forstbetriebs (einschliesslich des diesem zur Verfügung gestellten Kapitals).

AKTIVE RECHNUNGS-
ABGRENZUNG

CHF 822'777

Bei dieser Position handelt es sich ausschliesslich um Jahresabgrenzungspositionen aus dem Liegenschaftsbereich (transitorische Aktiven).

IMMOBILIEN
(IM FINANZVERMÖGEN)

CHF 29'465'004

Gemäss langjähriger Praxis wurden bei den Wohn- und Geschäftsliegenschaften im Finanzvermögen 2% des Kaufpreises abgeschrieben, was die Bilanzsumme des Liegenschafts-Portfolios entsprechend verändert. Daneben sind die Aufwendungen infolge Umbau bzw. Sanierung der Liegenschaft «Burgfelderstrasse 18» in der Grössenordnung von insgesamt rund CHF 1 Million teilweise – im Umfang von CHF 600'000 – aktiviert worden.

VERMÖGENSANLAGE
FÜR FONDS UND UNSELB-
STÄNDIGE STIFTUNGEN

CHF 14'439'465

In dieser Position wird das von der Basler Kantonalbank im Rahmen eines Vermögensverwaltungsmandats betreute Vermögen der Stiftungen und Fonds per Stichtag 31. Dezember abgebildet. Die leichte Beruhigung an den Finanzmärkten hat sich mit einem Plus von rund CHF 300'000 bemerkbar gemacht.

PASSIVEN**VERBINDLICHKEITEN
AUS LIEFERUNGEN UND
LEISTUNGEN****CHF 102'945**

In dieser Position sind Forderungen Dritter enthalten, welche erst im Folgejahr beglichen werden, jedoch noch das Berichtsjahr betreffen.

**ÜBRIGE
VERBINDLICHKEITEN****CHF 0**

Wie schon bei der entsprechenden Aktivposition («Treuhänderische Vermögensanlage») erörtert, geht es hier um die restlichen der vorübergehend bei den Zentralen Diensten «parkierten» Mittel der so genannten «Kinder- und Jugend-Million» (früher «Waisenhaus-Million» genannt) für die Jahre 2004 und 2005, welche im Berichtsjahr vorgabengemäss an das Waisenhaus zugunsten des Neubaus der Durchgangsgruppe ausbezahlt wurden.

**PASSIVE RECHNUNGS-
ABGRENZUNG****CHF 987'078**

Wie bei der aktiven Rechnungsabgrenzung handelt es sich auch bei dieser Position ausschliesslich um Jahresabgrenzungspositionen aus dem Liegenschaftsbereich (transitorische Passiven).

**KURZFRISTIGE
RÜCKSTELLUNGEN****CHF 773'600**

Hier werden diejenigen Rückstellungen abgebildet, von denen erwartet wird, dass sich die Gründe für deren Bildung innerhalb eines Jahres – im Jahr 2011 also – realisieren, was folglich zur Auflösung der entsprechenden Rückstellung führen wird. Allerdings werden aufgrund der Beurteilung im Folgejahr auch wieder neue kurzfristige Rückstellungen gebildet werden, von denen erwartet wird, dass sich deren Gründe im 2012 realisieren werden, weshalb sich diese Position stets auf einem gewissen Niveau bewegen wird.

**DARLEHEN VON
STIFTUNGEN
UND FONDS****CHF 5'000'000**

Hier sind die Darlehensverpflichtungen der Bürgergemeinde gegenüber den Stiftungen und Fonds abgebildet. Konkret stellen diverse Stiftungen und Fonds der Bürgergemeinde finanzielle Mittel zur Verfügung. Diese tilgt damit Hypothekarschulden und vergütet im Gegenzug den Stiftungen und Fonds das jeweilige Darlehen zu einem marktüblichen Zinssatz.

HYPOTHEKEN**CHF 1'100'000**

Die Verminderung dieser Verbindlichkeiten um CHF 2'250'000 ist darauf zurückzuführen, dass im Berichtsjahr wegen der hohen Liquidität Hypothekarschulden getilgt werden konnten – dieses Vorgehen wurde nicht zuletzt aufgrund der infolge der Finanzkrise fehlenden tauglichen Anlagemöglichkeiten gewählt, damit die flüssigen Geldmittel, welche zur Zeit schlecht verzinst werden, möglichst wirkungsvoll eingesetzt werden können.

**LANGFRISTIGE
RÜCKSTELLUNGEN****CHF 2'658'198**

Hier werden diejenigen Rückstellungen dargestellt, von denen erwartet wird, dass sich die Gründe für deren Bildung nicht innerhalb eines Jahres realisieren werden, so dass diese noch längere Zeit fortbestehen dürften.

**VERMÖGENSANLAGE
FÜR FONDS UND
UNSELBSTÄNDIGE
STIFTUNGEN****CHF 14'439'465**

Als Pendant zur entsprechenden Position unter den Aktiven wird hier das von der Basler Kantonalbank im Rahmen eines Vermögensverwaltungsmandats betreute Kapital der Stiftungen und Fonds per Stichtag 31. Dezember abgebildet. Wie bereits bei der entsprechenden Aktivenposition erwähnt, hat sich die leichte Beruhigung an den Finanzmärkten mit einem Plus von rund CHF 300'000 niedergeschlagen.

INVESTITIONSFONDS**CHF 4'365'000**

Wiederum werden die Nettoeinnahmen aus Kiesabbau dem Investitionsfonds zugewiesen, damit Investitionen in andere Vermögenswerte möglich sind und auf diese Weise die Ertragskraft des Vermögens langfristig erhalten bleibt.

ANHANG ZUR JAHRESRECHNUNG

GEBÄUDEVERSICHERUNGSWERTE
 LIEGENSCHAFTEN DER BÜRGERGEMEINDE

 PER 1.1.2011
 IN CHF

 PER 1.1.2010
 IN CHF

SUMME DER GEBÄUDEVERSICHERUNGSWERTE IM FINANZVERMÖGEN		76'480'000	75'649'000
SUMME DER SICH IM EIGENTUM VON STIFTUNGEN BEFINDLICHEN LIEGENSCHAFTEN			
Gempenstrasse 68, Allschwilerstrasse 94 und Schneidergasse 2		4'346'000	4'296'000
SUMME DER GEBÄUDEVERSICHERUNGSWERTE DER IMMOBILIEN DER BÜRGERGEMEINDE IM VERWALTUNGSVERMÖGEN			
im Einzelnen	• Stadthaus inklusive Nebengebäude und Totengässlein 6	13'040'000	12'888'000
	• Werkhof (Hardwald)	673'000	673'000
	• Brennholzschuppen Hard mit Schirmhütte	211'000	211'000
	• Waldpavillon (Lange Erlen)	50'000	49'000
	SUMME	13'974'000	13'821'000
TOTAL		94'800'000	93'766'000

Eigentumsbeschränkungen für eigene Verpflichtungen

Zur Sicherung der Hypothekarverpflichtungen sind – gleich wie im Vorjahr – die Schuldbriefe folgender Liegenschaften bei der kreditgebenden Bank hinterlegt bzw. dieser verpfändet:

SCHULDBRIEFE

Namensschuldbrief	Lehenmattstrasse 140/142	1. Rang	2'100'000
Namensschuldbrief	Lehenmattstrasse 140/142	2. Rang	500'000
Namensschuldbrief	Delsbergerallee 11	1. Rang	2'100'000
Namensschuldbrief	Bleichestrasse 7	1. Rang	4'000'000
Inhaberschuldbrief	Habsburgerstrasse 38	1. Rang	2'500'000
TOTAL			11'200'000

Insgesamt repräsentieren diese Liegenschaften mit Eigentumsbeschränkungen für eigene Verpflichtungen einen Gebäudeversicherungswert von insgesamt CHF 17'867'000 (Stand 1.1.2011; Vorjahr: CHF 17'660'000).

FORSTJAHR

Es wird in Erinnerung gerufen, dass das Ergebnis des gesamten Forstbetriebs der Bürgergemeinde in die Rechnung der Zentralen Dienste integriert ist (Produktegruppe «Dienstleistungen zugunsten der Gesamtorganisation»). Die Rechnung der Zentralen Dienste betrifft jeweils das Kalenderjahr. Dahingegen dauert das Forstjahr, dessen Ergebnis in die Rechnung der Zentralen Dienste implementiert wird, jeweils von 1. Oktober des Vorjahres bis 30. September des aktuellen Berichtsjahres.

BETEILIGUNGEN

Die Bürgergemeinde hält Beteiligungen der Hardwasser AG (nominal CHF 500'000; 10% des Aktienkapitals), der Holzvermarktungszentrale Nordwestschweiz (HZN; nominal CHF 8'000 [Vorjahr CHF 5'000]; 2% des Aktienkapitals) sowie der Raurica Waldholz AG (nominal CHF 100'000; rund 1,5% des Aktienkapitals).

Ergebnis der Produktgruppen in der Übersicht

PRODUKTEGRUPPE DIENSTLEISTUNGEN ZUGUNSTEN DER GESAMTORGANISATION	AUFWAND	ERTRAG	ERGEBNIS
2009	6'682'514	6'739'443	56'929
2010	6'074'093	6'199'139	125'046

PRODUKTEGRUPPE DIENSTLEISTUNGEN FÜR DIE BÜRGERCHAFT	AUFWAND	ERTRAG	ERGEBNIS
2009	651'726	651'726	0
2010	662'160	633'733	-28'427

RISIKOBEURTEILUNG

Der Leitungsausschuss Zentrale Dienste nimmt periodisch Risikobeurteilungen vor und trifft sofern erforderlich allfällig geeignete Massnahmen, um wesentliche Fehlaussagen in der Jahresrechnung nach Möglichkeit zu vermeiden.

WEITERE BERICHTE

Forstbetrieb

Auf dem Holzmarkt waren die Turbulenzen des globalen Marktes ebenfalls spürbar. Das Nadelholz, welches hauptsächlich in Schweizer Sägereien verarbeitet wird, war gesucht und erzielte angemessene Preise. Dies gilt auch für die Baumarten Eiche, Esche, Kirschbaum und weitere Edellaubhölzer. Im Preis eingebrochen ist jedoch der Ahorn. Zudem bereitet die Buche grosse Sorge, da sowohl Absatz wie Preis selbst für qualitativ gute Stämme sehr tief sind. Diese Sortimenten gingen vor allem an global tätige Unternehmen, die sich von der schwachen Konjunktur noch nicht erholt haben.

Die Nachfrage und der Absatz an Energie- und Industrielholz waren gut. Aus diesem Grund wurden auch einige Jungwaldbestände durchforstet, um so dieses an sich qualitativ minderwertige Holz zu gewinnen und über diese Kanäle rentabel zu verkaufen.

Grössere Holzschläge wurden in der Hard, in Pfeffingen, auf der Chrischona, im Remelwald und im Amphibienschutzgebiet Klingenthal in Muttenz ausgeführt. Im gesamten Betrieb wurde der Hiebsatz um 51% übernutzt. Diese vergleichsweise hohe Ausnutzung ist vor allem auf die Holzerei für das Amphibienschutzgebiet Klingenthal zurückzuführen. Dieser Vorgang hat jedoch Einmaligkeitscharakter; langfristig wird der Hiebsatz eingehalten bzw. tendenziell leicht übernutzt.

Das Waldgebiet um die Kiesgrube Klingenthal ist kaum mehr wiederzuerkennen. Die Vorbereitungsarbeiten für das Amphibienschutzgebiet wurden im Frühjahr 2010 an die Hand genommen. Einige Baumbestände wurden durchforstet und aufgelockert, andere wurden zu Gunsten von offenen Kiesflächen vollständig geräumt. Hier sollen neue Lebensräume für verschiedene Lebewesen entstehen. Vor allem soll eine Population der in der Schweiz vom Aussterben bedrohten Kreuzkröte angesiedelt werden.

Von ausserordentlichen Witterungsverhältnissen wurden die betreuten Waldungen glücklicherweise verschont. Auch die Borkenkäferpopulationen blieben auf sehr tiefem Niveau.

Auch in diesem Jahr waren etwa 80 Mitarbeitende der Novartis am Tag der Partnerschaft Ende April in den Waldungen der Bürgergemeinde im Einsatz. An mehreren Orten, an denen vorher Holzschläge ausgeführt worden waren, trugen die freiwilligen Arbeitskräfte Schlagabraum und Astmaterial zusammen.

In der Hard und im Remel wurden mehrere Waldwege saniert.

Erfreulicherweise verlief auch das Berichtsjahr ohne Unfälle, was nicht zuletzt auf strikt eingehaltene Sicherheitsvorkehrungen und eine sorgfältige Arbeitsweise des Forstteams zurückzuführen ist.

Ein Lehrling hat im Frühjahr 2010 seine Lehrabschlussprüfungen bestanden und somit seine Lehre als Forstwart erfolgreich abgeschlossen.

Auch für die diesjährige Ausstellung im Waldpavillon Lange Erlen wurde für den Unterhalt rund um den Pavillon viel Arbeit investiert.

FORST

		RECHNUNG 2010 CHF	RECHNUNG 2009 CHF
BETRIEBSRECHNUNG (Forstjahr 1.10.2009 bis 30.9.2010)			
ERTRAG	Holzerlös	540'105	492'805
	Dienstleistungen (Vergütung für erbrachte Leistungen)	226'944	162'422
	Entschädigungen und Beiträge (inkl. Wohlfahrtsleistungen)	300'534	239'201
TOTAL ERTRAG		1'067'583	894'428
AUFWAND	Personalkosten	613'479	581'488
	Fahrzeuge, Maschinen, Werkzeuge	38'825	26'968
	Material und Handelswaren	43'711	54'889
	Unternehmerleistungen	410'274	317'718
	Übrige Kosten	41'375	35'246
	Kalkulatorische Kosten	74'267	45'210
TOTAL AUFWAND		1'221'931	1'061'519
	ZWISCHENERGEBNIS	-154'348	-167'091
ANTEILE	Waldeigentümerin Bürgergemeinde	98'974	130'245
	Waldeigentümerin Christoph Merian Stiftung	55'374	36'846
ERGEBNIS		0	0

Erläuterungen zur Betriebsrechnung Forstjahr 2009/2010

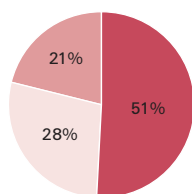
ALLGEMEIN

Die Betriebsrechnung des Forstbetriebs hat einerseits eigenständige Bedeutung für den Dienstleistungsbetrieb der Bürgergemeinde im Forstwesen. Andererseits ist sie Bestandteil der entsprechenden Position in den Rechnungen der auftraggebenden Waldeigentümerinnen Christoph Merian Stiftung und Bürgergemeinde (Zentrale Dienste). Die vereinzelt noch im Eigentum des Bürgerspitals befindlichen Waldparzellen werden durch den Forstbetrieb im Auftragsverhältnis bewirtschaftet.

Bei einem Ertrag des Gesamtbetriebs von CHF 1'067'583 (Vorjahr: CHF 894'428) und einem Aufwand von CHF 1'221'931 (Vorjahr: CHF 1'061'519) ergibt sich ein Mehraufwand von CHF 154'348 (Vorjahr: CHF 167'091), der von den angeschlossenen Waldeigentümerinnen getragen wird. Für die Christoph Merian Stiftung ergibt sich ein Aufwandüberschuss von CHF 55'374 (Vorjahr: CHF 36'846) und für die Bürgergemeinde ein solcher von CHF 98'974 (Vorjahr: CHF 130'245). Dieses Resultat ist deutlich besser als die Erwartungen.

Der Betrag von CHF 140'000, welcher zu Lasten des Anteils der Bürgergemeinde am Ertrag der Christoph Merian Stiftung für die zusätzliche, aufwendige und kostenintensive Bewirtschaftung der «Wohlfahrtswaldungen» bewilligt wurde, ist in der Betriebsrechnung (Position «Entschädigungen und Beiträge») enthalten.

ERTRAG



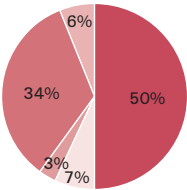
- Holzzerlös (51%)
- Entschädigung und Beiträge (28%)
- Drittaufträge (21%)

Die Nachfrage der Holzverarbeitenden hat wiederum eine hohe Holznutzung, vor allem beim Nadelstammholz, bewirkt. Im gesamten Betrieb wurde der Hiebsatz um 51% übernutzt. Diese vergleichsweise hohe Ausnutzung ist vor allem auf die Holzerei für das Amphibienschutzgebiet Klingenthal zurückzuführen. Dieser Vorgang hat jedoch Einmaligkeitscharakter; langfristig wird der Hiebsatz eingehalten bzw. tendenziell leicht übernutzt. Einheimisches Holz als Rohstoff und Energieträger wird in der Schweiz weiterhin geschätzt, was insgesamt zu guten Holzverkäufen führte. Allerdings konnten sich die letztjährigen Holzpreise beim Buchenholz nicht halten.

Das schwer voraussehbare Volumen der Arbeiten für Dritte konnte im Vergleich zum Vorjahr erfreulicherweise noch einmal gesteigert werden und hat die Erwartungen erneut übertroffen. Vor allem durch die Pflege der Naturschutzgebiete Eichenwald Hard und Amphibienschutz Klingenthal konnten zusätzliche Arbeiten übernommen werden, die sich in der Ertragsposition «Entschädigungen und Beiträge» positiv auswirkten. Des Weiteren leistete die Basellandschaftlichen Gebäudeversicherung die Summe von rund CHF 23'000 für einen Sturmschaden im Schlosswald in Pfeffingen von Ende 2008. Durch die starken Schneefälle im Dezember 2008 wurden damals knapp 400 Bäume zu Boden gedrückt. Auch Nadelholz-Stangenhölzer wurden beschädigt. Neben dem Holzverlust wurde von der Versicherung vor allem die Räumung der Jungwaldflächen entschädigt. Auch die finanzielle Beteiligung des Kantons Basel-Landschaft an den Kosten eines grösseren Holzschlages an der Rheinfelderstrasse hat zu den unerwartet hohen «Entschädigungen und Beiträge» geführt.

Die Beiträge für Pflegemassnahmen und Entschädigungen blieben im Rahmen der Erwartungen.

AUFWAND



- Personal (50%)
- Sachaufwand (7%)
- Übrige Kosten (3%)
- Dritteleistungen (34%)
- Kalkulatorische Kosten (6%)

Die Personalkosten sind leicht höher als im Vorjahr. Neben den Zusatzaufwendungen aufgrund der jährlichen Lohnanpassungen wurden in der Abrechnungsperiode und im Gegensatz zum Vorjahr wieder zwei Lehrlinge ausgebildet. Zum anderen können die Personalnebenkosten, zu denen Spesen für Verpflegung, Schutzkleidung der Forstwarte sowie Weiterbildungskosten gehören, von Jahr zu Jahr merklich schwanken. Wenngleich diese im Berichtsjahr leicht höher sind als im Vorjahr, so liegen sie im langfristigen Vergleich dennoch eher tief und dürften im nächsten Jahr nicht zuletzt aufgrund der Ausrüstungs- und Kurskosten für den neuen zweiten Lehrling voraussichtlich noch etwas ansteigen.

Treibstoff- und Energiekosten, Baustoffe, Saatgut- und Pflanzenkäufe sowie Büromaterial, Telefonkosten und Verbrauchsmaterial werden in der Position «Material und Handelswaren» zusammengefasst und sind gegenüber dem Vorjahr leicht gesunken.

Unternehmerleistungen beinhalten Kosten für den Einsatz von Spezialfirmen für Arbeiten, welche in der Regel mangels Vorhandenseins der entsprechenden Maschinen nicht vom eigenen Personal erledigt werden können (z.B. für die Schnitzelherstellung, für die Instandstellung der Waldwege, für die Holztransporte oder für den Einsatz von Vollertern für Durchforstungen und von besonderen Lastwagen mit Kranvorrichtungen für den Transport und das Aufrichten der grossen Weihnachtsbäume in der Stadt). Die Höhe dieser Aufwendungen liegt über dem Vorjahresniveau, was vor allem auf das Amphibienschutzgebiet Klingenthal sowie die Eichenwaldförderung in der Hard zurückzuführen ist, wofür allein rund CHF 95'000 aufgewendet worden ist.

Unter die Position «Übrige Kosten» fallen vor allem Aufwendungen für die Entsorgung von Bauschutt, die Beseitigung des von Waldbesucherinnen und -besuchern im Wald zurückgelassenen Abfalls, Mehrwertsteuerzahlungen und Versicherungsprämien.

Liegenschaften

Die Bürgergemeinde ist per 31. Dezember 2010 im Finanzvermögen Eigentümerin folgender Objekte.

IN DER STADT BASEL:

- Beim Letziturm 6/8
- Bernoullistrasse 26/28
und Schönbeinstrasse 34
- Bleichestrasse 7
- Blochmonterstrasse 17/19
- Burgfelderstrasse 18
- Delsbergerallee 11
- Frobenstrasse 8/10
- Habsburgerstrasse 38
- Inselstrasse 48
- Lehenmattstrasse 140/142
- Lehenmattstrasse 155/157
- Lehenmattstrasse 161
- Neuensteinerstrasse 30
- Riehenring 20
- Rotbergerstrasse 7
- Sängergasse 11
- Schneidergasse 8/10
- Stadthausgasse 15
- Turnerstrasse 25

IN BIRSFELDEN:

- verschiedene Baurechtparzellen
Hardhügel

IN MUTTENZ:

- Hotel Restaurant Waldhaus

Die Leerstände haben im Vergleich zum Vorjahr um 0,04% marginal zugenommen. Die durchschnittliche Auslastung liegt im Berichtsjahr nach wie vor über 98%.

Das Stadthaus mit Nebengebäuden, der Werkhof, der Brennholzschuppen mit Schirmhütte sowie der Waldpavillon gehören zum Verwaltungsvermögen der Bürgergemeinde.

Die Liegenschaft Gempenstrasse 68 gehört zum Stiftungsvermögen der Georges Lichtenberg-Stiftung. Die Liegenschaften Allschwilerstrasse 94 sowie Schneidergasse 2 gehören zum Stiftungsvermögen der Baehler-Stiftung.

Neben normalen werterhaltenden Massnahmen und Unterhalt wurden im Berichtsjahr insbesondere folgende grössere Unterhalts- oder Erneuerungsarbeiten ausgeführt bzw. Investitionen getätigt:

- Die Fassadenrenovation an der Burgfelderstrasse 18 konnte im Berichtsjahr abgeschlossen werden. Die Hinterfassade wurde isoliert und mit neuen Fenstern versehen. Die Vorderfassade wurde komplett neu gestaltet und die Liegenschaft ist nun – zusammen mit dem im letzten Jahr neu gestalteten Eingangsbereich – nachhaltig erneuert und damit wieder auf einem modernen und attraktiven Stand.
- An der Rotbergerstrasse 7 wurde die Heizung saniert und mit einer solaren Warmwasseraufbereitung ausgerüstet.

- An der Schneidergasse 8/10 wurden an der Hoffassade Taubengitter an den Pfetten (waagerechte Träger in einer Dachkonstruktion), an den kleinen Fenstern und am Dachrinnenablauf angebracht.
- In der Liegenschaft Riehenring 20 musste eine Wohnung nach Auszug der langjährigen Mieter vollständig inklusive Küche und Bad saniert werden.

Im Hotel/Restaurant Waldhaus wurden im Rahmen der langfristigen Unterhalts- und Investitionsplanung unter anderem der Kinderspielplatz samt Umgebung saniert und den heutigen Sicherheitsvorschriften entsprechend neu gestaltet. Auch der Belag vor dem Haupteingang und die Frostschäden auf dem Parkplatz wurden saniert. Neben grösseren Reparaturen an der Schnitzelheizung musste auch der Heizöltank saniert und der alte Ölbrenner ersetzt werden. Weiter musste die automatische Schiebetüre zwischen Küche und Restaurant erneuert werden. Die Hotelzimmer wurden mit neuen Flachbildfernsehern ausgerüstet. In der Küche wurde ein grosser Geschirrspülautomat und eine Utensilienwaschmaschine für Töpfe und Pfannen ersetzt.

Bürgerbuch und Jubiläen

Das Bürgerbuch wird weiterhin geführt und mit den neuen Daten, die vom Zivilstandsamt übermittelt werden, laufend aktualisiert.

Der Bürgerrat gratulierte im Berichtsjahr insgesamt 268 (Vorjahr 246) Ehepaaren mit Basler Bürgerrecht zu ihren Hochzeitsjubiläen. Die Ehepaare wurden jeweils von einem Weibel besucht, der neben den Glückwünschen des Bürgerrats einen eigens gefertigten Jubiläumstaler überbrachte. Dabei konnte 163 (Vorjahr: 149) Ehepaaren zur Goldenen Hochzeit gratuliert werden. Zudem wurden 79 (Vorjahr: 69) Ehepaaren zur Diamantenen Hochzeit und 25 (Vorjahr: 30) Ehepaaren zur Eisernen Hochzeit die guten Wünsche des Bürgerrats entboten. Im Berichtsjahr gab es ausserdem wieder 1 (Vorjahr: 1) Steinernes Hochzeitsjubiläum eines Ehepaars mit Basler Bürgerrecht.

Der Bürgerratspräsident oder ein anderes Mitglied des Bürgerrats – zusammen mit dem Bürgerratsschreiber und einem Ratsweibel – besuchten im Berichtsjahr 18 (Vorjahr: 19) Jubilarinnen und 2 (Vorjahr: 4) Jubilare mit Basler Bürgerrecht anlässlich ihres 100. Geburtstages und gratulierten ihnen im Namen der Bürgergemeinde. Eine Jubilarin konnte sogar anlässlich ihres 105. Geburtstages besucht und beglückwünscht werden.

ANHANG UND STATISTIK

PERSONALSTATISTIK		SOLL	IST
STELLEN	Stellenprozent	1600	1450
	Anzahl Personen		15 ¹⁾

¹⁾ Zusätzlich sind im Forstbetrieb bis am 10. August zwei Lehrlinge, danach ein Lehrling tätig. Ab August 2011 werden es voraussichtlich wieder zwei Lehrlinge sein.

Forstbetrieb

HOLZEREI Grössere Holzschläge wurden in der Hard, in Pfeffingen, im Remel, auf der Chrischona und im Amphibienschutzgebiet Klingenthal durchgeführt.

WALDFLÄCHEN Die Waldfläche hat sich im Berichtsjahr nicht verändert. Die Bürgergemeinde besitzt nach wie vor insgesamt rund 433 Hektaren¹⁾ Waldflächen. Daneben bewirtschaftet der Forstbetrieb im Auftragsverhältnis weitere 220 Hektaren Wald. Insgesamt werden somit rund 660 Hektaren Wald betreut. Im Einzelnen besitzt bzw. bewirtschaftet die Bürgergemeinde Waldflächen in den Stadt-Gemeinden Riehen (ca. 20 ha) und Bettingen (ca. 12 ha) und in den Land-Gemeinden Birsfelden (ca. 4 ha), Muttenz (ca. 240 ha), Pratteln (ca. 19 ha), Aesch (ca. 3 ha), Arlesheim (ca. 35 ha), Pfeffingen (ca. 97 ha) und Biel-Benken (ca. 2 ha).

¹⁾ 1 ha = 100 a = 10'000 m²

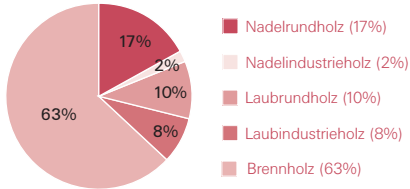
HOLZSCHNITZEL	Lagerbestand Vorjahr	618 Schnitzel-m ³
	im Forstjahr 09/10 produziert:	2'144 Schnitzel-m ³
	im Forstjahr 09/10 verkauft:	2'040 Schnitzel-m ³
	Lagerbestand	722 Schnitzel-m ³

Die von einer Spezialfirma gehackten Schnitzel werden hauptsächlich an Betriebe verkauft, welche über eine Schnitzelheizung verfügen wie beispielsweise das Waldhaus oder die Reha Chrischona.

Der Heizwert pro Schnitzel-m³ ist bei Waldhackschnitzel sehr unterschiedlich. Es gibt verschiedene Grössenkatgorien und Sortimente, bei denen der Wassergehalt, der Nadelholzanteil u.a.m. eine gewichtige Rolle spielen. Als unverbindliche Wertangabe kann davon ausgegangen werden, dass ein aus 80% Laubholz und 20% Nadelholz bestehender Schnitzel-m³ einen Heizwert von rund 900 kWh erreicht.

VERKAUFSMENGEN

Der Forstbetrieb verkaufte im Berichtsjahr insgesamt 5'719 m³ Holz, im Einzelnen bestehend aus 971 m³ Nadelrundholz, 567 m³ Laubrundholz, 95 m³ Nadelindustrieholz, 447 m³ Laubindustrieholz, 3'619 m³ Brennholz und 20 m³ andere Sortimente.

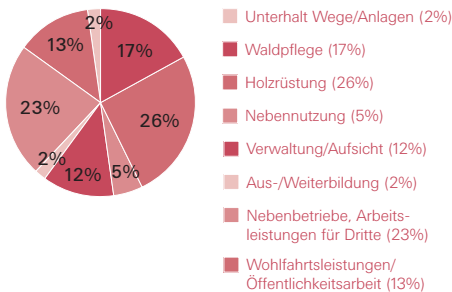


ARBEITSAUFWAND IN STUNDEN

Im Berichtsjahr leisteten die Mitarbeitenden des Forstbetriebs (1 Förster, 1 Vorarbeiter, 3 Forstwarte, 2 Lehrlinge, 1 kfm. Angestellter) 11'653 produktive Arbeitsstunden.

ARBEITSAUFWAND IN STUNDEN	STUNDEN	%
Unterhalt Wege und Anlagen	258	2
Waldpflege	2'009	17
Holzrüstung	3'035	26
Nebennutzungen	609	5
Verwaltung, Aufsicht	1'418	12
Aus- und Weiterbildung	250	2
Nebenbetriebe, Arbeitsleistungen für Dritte	2'596	23
Wohlfahrtsleistungen, Öffentlichkeitsarbeit	1'478	13
TOTAL	11'653	100

ARBEITSAUFWAND



Bürgerrecht

		2010	2009
NEUE BEGEHREN IM BERICHTSJAHR			
	Ausländerinnen und Ausländer	223	
	Schweizerinnen und Schweizer	681	
	Wiederannahme	12	
	TOTAL NEUE BEGEHREN	916	502
IM BERICHTSJAHR ERLEDIGTE BZW. BEHANDELTE BÜRGERRECHTSGESUCHE			
AUFNAHME NACH KANTONALEM RECHT	ordentliches Verfahren (über 23-jährige ausländische Gesuchstellende)	250	329
	ordentliches Verfahren (unter 23-jährige ausländische Gesuchstellende)	111	154
	ordentliches Verfahren Schweizer Bürgerinnen und Bürger	564	38
	Wiederaufnahmen ehemaliger Baslerinnen	10	3
	TOTAL AUFNAHMEN NACH KANTONALEM RECHT	935	524
AUFNAHME NACH BUNDESRECHT	Erleichterte Einbürgerungen (Ehegatten von Schweizerbürgerinnen oder -bürgern)	340	264
	TOTAL AUFNAHMEN	1275	788
ANDERE ERLEDIGUNGSGRÜNDE	Abweisung des Begehrens	39	34
	Rückzug des Begehrens infolge Ablehnung	8	8
	Wegzug des Gesuchstellenden	0	23
	Tod des Gesuchstellenden	1	0
	Umschreiben des Gesuchs	2	3
	TOTAL ANDERE ERLEDIGUNGSGRÜNDE	50	68
	TOTAL DER ERLEDIGTEN BÜRGERRECHTSBEGEHREN	1325	856
RÜCKSTELLUNGEN	Rückstellungen von Bürgerrechtsbegehren	54	78
	TOTAL DER IM BERICHTSJAHR BEHANDELTEN GESUCHE	1379	934
HÄNGIGE BEGEHREN			
	Unbehandelte Bürgerrechtsbegehren am 31.12.	19	204
	Infolge Rückstellung pendente Bürgerrechtsbegehren am 31.12.	195	288
	TOTAL HÄNGIGE BEGEHREN AM 31.12	214	492

GESUCHE VON AUSLÄNDISCHEN BÜRGERRECHTSBEWERBENDEN

NACH HERKUNFT	2010	2009	2010	2009	
Äthiopien	0	1	Pakistan	1	1
Albanien	1	0	Peru	1	1
Argentinien	3	3	Polen	2	0
Armenien	1	0	Portugal	4	5
Bangladesch	1	1	Rumänien	0	1
Bosnien	18	30	Russland	4	2
Brasilien	3	2	Schweden	0	1
Bulgarien	0	1	Serbien	36	75
China	0	2	Sierra Leone	1	0
Chile	0	1	Slowakei	2	1
Côte d'Ivoire	0	1	Slowenien	1	0
Dänemark	1	0	Spanien	14	20
Demokratische Republik Kongo	4	2	Sri Lanka	22	20
Deutschland	53	58	Staatenlos	4	0
Dominikanische Republik	1	2	Syrien	1	0
Ecuador	4	0	Taiwan	1	0
Eritrea	0	1	Togo	1	0
Finnland	0	1	Tschechien	0	1
Frankreich	4	2	Trinidad und Tobago	0	1
Griechenland	0	1	Tunesien	0	1
Grossbritannien	4	2	Türkei	68	111
Indien	2	4	Ungarn	1	0
Irak	3	6	Union der Komoren	1	0
Iran	3	1	Ukraine	3	3
Israel	0	1	USA	2	7
Italien	25	28	Venezuela	1	0
Japan	0	1	Vietnam	2	4
Kamerun	2	0			
Kanada	1	1	Total	361	483
Kenia	1	1			
Kolumbien	1	2			
Kosovo	6	13			
Kroatien	13	24			
Libanon	1	0			
Luxemburg	1	1			
Marokko	0	1			
Mazedonien	26	30			
Mexiko	1	1			
Nepal	1	1			
Nigeria	2	1			
Österreich	1	0			

GESUCHE NACH PERSONEN UND GESCHLECHT

SCHWEIZER BÜRGERRECHTSBEWERBENDE	2010	2009
Männer	352	28
Frauen	341	18
Kinder	145	1
TOTAL SCHWEIZER BEWERBENDE	838	47

AUSLÄNDISCHE BÜRGERRECHTSBEWERBENDE

Männer	154	294
Frauen	192	267
Kinder	228	257
TOTAL AUSLÄNDISCHE BEWERBENDE	574	818

KURSANGEBOT UND
TEILNEHMERZAHL**Fit für Basel:**

6 Serien (à je 5 Abendlektionen) mit gesamthaft 91 Teilnehmenden

Kompaktkurs Einbürgerung:

17 Serien (à je 3 Abend- und Vormittagslektionen) mit gesamthaft 242 Teilnehmenden

Deutschkurs:

2 Niveaus (à je 15 Vormittagslektionen) mit gesamthaft 22 Teilnehmenden

Politische Rechte (neu Pilotprojekt):

1 Serie (à je 2 Abendlektionen) mit gesamthaft 14 Teilnehmenden